Groß-Berlin: Karfreitag, 10. April in allen Unterbezirken Mitglieder-Versammlungen

steller der anderen Branchen haben nicht ihre Spesen gedeckt.

Das Handelskapital vermag nicht die Ursachen der Kaufkraftzerrüttung, ja, nicht einmal diese zu erkennen. Es hat sich den Ausdruck „Käuferstreik" erdacht und führt die „Geschäftsstille" nur auf „Kaufunlust" zurück. Durch äußere Mittel, wie Inventur- und Räumungsausverkäufe, Weiße Wochen, neuzeitliche Reklamen etc. versucht man Käufer anzulocken. Beim Einzelnen erprobt, werden diese Mittel dann kollektiv organisiert und müssen in diesen Fällen dann regelmäßig versagen.

Den selben Gesichtspunkten ist die Leipziger Braunkohlenmesse, die Magdeburger Zuckerausstellung, die Textilschau in Magdeburg u. a. entsprungen. Erfurt hat eine Propagandawoche des Einzelhandels, genannt „das illustrierte Erfurt" veranstaltet. Einzelhandel, Großhandel, Industrie, Behörden und Presse haben großzügig organisierte Veranstaltungen aufgezogen, bestehend aus Schaufensterdekorationen, Illuminationen, Reklame-Korsos, Theaterwoche, gesellschaftliche Veranstaltungen etc. Das Publikum, daß den Rummel kostenlos genießt, kauft gelegentlich dieser erstmaligen Veranstaltung seine Bedürfnisse zusammen, die es sonst auf eine größere Zeitspanne verteilt hätte. Der Katzenjämmer folgt natürlich regelmäßig auf dem Fuße.

Die wissenschaftliche Förderung von Technik und Organisation, die das einzige Fazit dieser Spezialausstellungen sind, werden nicht einmal bewußt gewollt. Die indirekte Förderung, die der Handel durch diese Ausstellungen erfährt, bringen wohl dem Einzelnen solange Vorteil, bis die Erfahrungen Allgemeingut sind. Das bornierte Kleinbürgertum, das den Triebkräften der Geschichte blind gegenübersteht, sucht immer noch die Ursachen der Misere, deren Folge es selbst ist.

Die Zunahme der Konkurse.

betrug im ersten Vierteljahr 1925 gegenüber dem vorhergehenden Quartal 186. Während es im letzten Quartal 1924 1977 waren, sind es jetzt 2163. Die Gesundungskrise ist zur Krise der Gesundung geworden.

Aus der Bewegung

Annahme verweigert

Aus Dänemark wird uns von einem unserer Genossen folgendes berichtet:

Das Rudiment einer einstigen revolutionären Jugendorganisation, die „Danmarks Kommunistische Jugendorganisation" Centralleitung — hat uns heute die dieser zugesandte Nummer des „Kampfruf", „KAZ." und „Rote Jugend" mit dem Postvermerk: Annahme verweigert — zurückgesandt. Da diese rudimentären „kommunistischen" Jünglinge außer ihrer Wochenzeitung „Arbeiderbladet" keine kommunistische Lektüre lesen, auch in ihrer Sprache keinerlei marxistische und revolutionäre Werke oder Broschüren besitzen, die diesen Theorie und Taktik des Klassenkampfes vermitteln können, so ist es ja kein Wunder, daß diese Jünglinge, auf Anraten ihrer älteren Parteibesitzer, Theorie und Praxis des Klassenkampfes in ihrer ausgesprochenen und sattsam bekannten Dummheit glauben, mit Boniertheit und Fanatismus ersetzen zu können. Klassenkampf bedeutet für die „kommunistischen" Heldenjünglinge — mit Kindertrompeten durch die Stadt marschieren, einstudieren italienischer „Kampf"-Lieder, beschimpfen italienischer Matrosen, Beschimpfung, Mißhandlung und Niederschreien unserer Genossen; da, wo ihre persönliche Feigheit es nicht zuläßt, sich mit uns in eine theoretische Auseinandersetzung einzulassen, uns mit Hilfe eines polizeilichen Aufgebots aus ihren Versammlungslokalen zu entfernen.

Nachlese zur Präsidentenwahl

Aus dem Heldenregister der KPD.

Am 27. März fand in Bonn eine öffentliche Versammlung der KPD. statt.

„Genosse" Dr. Klepper hielt das Referat. Seine Rede waren die üblichen Wahlparolen. Er sprach viel von Diktatur des Proletariats und Räte, — (die man wohl in der Theorie anerkennt, aber in der Praxis verleugnet, was die Vergangenheit genügend bewiesen hat).

Ein Genosse von uns, der als erster in der Diskussion sprach, wurde nach kurzen Ausführungen niedergebrüllt. Allerdings hätten die anwesenden Arbeiter unserem Genossen in Ruhe zugehört, wenn nicht von dem Versammlungsleiter Paarsch dieselben zum niederbrüllen systematisch aufgehetzt worden wären.

Dieser Auch-Kommunist, persönlich eine feige Kreatur (was er in vielen Fällen bewiesen hat), forderte die Versammlung auf, bei dem nächstfolgenden Diskussionsredner einem christlichen Arbeiter, die Ruhe zu wahren. Einen Genossen von uns, der sich schriftlich sowie mündlich zur Geschäftsordnung meldete, ließ der „Held" überhaupt nicht zu Wort kommen. Wir empfehlen der Bonner Arbeiterschaft, sowie den KPD.-Genossen, sich ihre Vertreter etwas genauer anzusehen. Herr Stadtver. Paarsch, der Mitglied des Wohnungs-Verteilungs-Ausschusses ist, hat in sehr kurzer Zeit mit einem Kinde eine stattliche 4 Zimmerwohnung erhalten. Genossen der KPD. entrüsteten sich sogar darüber. Auch das Solidaritätsgefühl steht bei ihm in sehr hoher Blüte.

Es sind in der letzten Zeit so viel Fälle der Korruption in der Ortsgruppe Bonn vorgekommen, daß die Bonner Arbeiterschaft doch bald die Nase voll haben müßte: z. B. einer wird Geschäftsführer der Viva, ein anderer Generaldirektor der Peuvag und wieder andere versaufen den Ueberschuß einer rrrrrevolutionären Zeitschrift und lassen ihren Teilhaber verhungern.

Am folgenden Abend fand eine SPD.-Versammlung statt. Die Heldenbrüller vom vorhergehenden Abend fanden es für angebracht, als man ihren Diskussionsredner nicht aussprechen ließ, sich furchtbar zu entrüsten. Als ein Häuptling des Reichsbanners dem KPD.-Redner, dem ein Bein amputiert ist, von dem Podium herunter holte, saßen die Niederbrüller wie die Götzen in der Kirche da. Ihrem Genossen zu Hilfe zu kommen, fiel keinem im Traum ein. Erst als Genossen von uns einsprangen (weil Schwerkriegsbeschädigter) bekamen diese Helden Mut.

Ausland

Skandinavischer Brief

SCHWEDEN.

Die Repräsentanten der schwedischen Gewerkschaften, welche zu einer Hauptversammlung in Stockholm versammelt waren, beschlossen, keine Gegenmaßnahmen als Abwehr gegen den Angriff der Unternehmer ins Werk zu setzen. Es gelte, der Agitation für Verbreiterung des Kampfes, der Idee eines Generalstreiks entgegen zu treten, da das Interesse der Gesellschaft (Samfund) den Interessen der einzelnen Schichten der Gesellschaft entgegenstehe. D. h. m. a. W.: die 130 000 Arbeiter haben die Pflicht, eine monatelange Hunger-Aussperrung (Lock-out) über sich ergehen zu lassen, um am Ende wie immer und allezeit seit Kriegsende, zu Kreuze zu kriechen. 130 000 Arbeiter, die Hälfte der schwedischen Arbeiterschaft auf der Straße. Die für den Kampf der Arbeiter wichtigsten Berufe läßt man ruhig weiter arbeiten und schwächt somit die Kampffront der Arbeiter. Die Interessen der Gesellschaft, d. h. der der die Arbeiterschaft ausbeutende Teil der Gesellschaft, gehen den Interessen der Arbeiter voran. Wir wollen die Lage und Taktik der Gewerkschaften und Parteien am Schlusse des Briefes kommentieren.

NORWEGEN.

Das im Briefe der „KAZ.", Nr. 22, Gesagte wird in einem Artikel der „Inprekorr", welche uns heute zuging, bestätigt, und — mehr. Der Schreiber des Berichtes kritisiert den verstorbenen Oleo. Lian und dessen opportunistische, gewerkschaftliche und politische Politik, kritisiert dessen Nachfolger Halvard Olsen, Vors. des Metallarbeiter-Verbandes, sowohl als den Einfluß der Sozialdemokratie. Hier soll öffentlich festgestellt werden, daß die Moskauer Manl-„Revolutionäre" in den letzten Jahren allezeit den Eindruck und die Auffassung unter der Arbeiterschaft der Welt hervorgerufen haben, daß ihr Einfluß derartig stark in der norwegischen Arbeiterschaft sei, daß die KPN. absolut führend und bestimmend sei, die Sozialdemokratie absolut nichts bedeute, viel weniger noch die Syndikalisten. Heute gesteht der Artikelschreiber ein, daß der Einfluß der KPN. nicht ausreicht, irgend eine Aktion ins Leben zu rufen und schiebt die Schuld hieran auf die Spaltung der revolutionären Bewegung durch Tranmäls Gründung der Arbeiterpartei.

Hier wollen wir feststellen, daß unter und nach dem Kriege sich ein fruchtbarer Boden für revolutionäre Arbeit herauskristallisierte, daß, mit Ausnahme Dänemarks, der Einfluß der Sozialdemokratie auf gleich Null reduziert wurde und die Parteien der 3. Internationale ein reiches Erbe antraten. Heute dürfen wir revolutionäre Kommunisten fragen:

Was habt ihr mit diesem Erbe getan, wie habt ihr dieses verwaltet und fruchtbar gemacht?

Wir können antworten und tausendfältig den Beweis antreten:

Ihr habt die revolutionären Energien verschwendet und mit ihnen Raubbau getrieben. Ihr habt die Revolution verraten! Durch Befolgung einer im Interesse des kapitalistisch und imperialistisch gewordenen Rußlands gelegenen Parolenpolitik, welche im direkten Gegensatze steht zu den Interessen der westeuropäischen Weltrevolution, spieltet ihr der Sozialdemokratie erneut die Macht in die Hände. Den Revolutionär machtet ihr verzagt und müde, so daß dieser heute in tausenden und abertausenden Fällen abseits steht, verzweifelnd am Gelingen, in jeden aufrichtigen und bewußten Kämpfer für die Revolution einen Verräter sehend.

Wir buchen euer Eingeständnis euerer organisatorischen Ohnmacht als Folge euerer falschen ideellen und theoretischen Einstellung.

Hier sei's gesagt: Die Zerschlagung der kraftvollen norwegischen revolutionären Bewegung, die von der Sozialdemokratie nur ein kümmerliches Rudiment zurückließ, ist nicht die Folge, daß einige Führer, wie Tranmäl sich einem Moskauer Diktat nicht unterordnen wollte, oder wie in Schweden Zeta Höglund, Lenins bester Freund, sich ebenfalls dem Diktat Synowjews nicht unterwerfen wollte, sondern ist das Resultat einer konterrevolutionären, antiproletarischen „Führer"-Politik, die „zweizüngige" Politik der Führer der 3. Internationale, die die Revolution in den Dienst einer kapitalistischen Wiederaufbau-Politik Rußlands stellte, die das besitzlose industrielle Weltproletariat in den Dienst des russischen und in der Gegenwart in den Dienst des gesamten Bauerntums der Welt stellt, des Eigentum besitzenden Bauern, ergo — in den Dienst des Privat-Eigentums. Hierdurch erhob sich der Zweifel und in tausend Hirnen setzte sich der Gedanke fest: Der Kommunismus ist überhaupt nicht durchführbar!

Dieses führte zum organisatorischen Rückgang, dem ein geistiger Zusammenbruch der revolutionären Ideologie und Theorie längst vorausgegangen war. Anstelle des letzteren machte sich Opportunismus, Reformismus und das Verlangen nach sogenannter „revolutionärer Disziplin", genannt Kadavergehorsam, geltend. Alles dieses hatte zum Gefolge das Wiedererstarken der skandinavischen sozialdemokratischen Parteien, die Schwächung des skandinavischen Proletariats — politisch sowohl, als auch ökonomisch. Nach 7 Jahren revolutionärer Arbeit ist das Resultat wie folgt:

Verwässerung und Verfälschung der revolutionären marx. Theorie und Erfahrungen, sowie Schwächung der organisatorischen Stoßkraft. Wiedererstarken des Kapitalismus in der politischen Herrschaft!

Die 3. Internationale richtet jetzt einen Aufruf an alle Arbeiter:

„Reinigt die Arbeiterbewegung von Korruption und Verrat!"

Dieser wendet sich hiermit in der Hauptsache gegen die Führer der Sozialdemokratie, gegen dieselben Führer, mit denen die 3. Internationale eine Einheitsfront anstrebt. Ein solch demagogischer Mißbrauch der Arbeitermassen ist denn wohl noch nicht dagewesen, diese Demagogie ist größer wie die des katholischen Klerus.

Wenn wir diesen Aufruf in den nächsten Nummern der „kommunistischen" Organe der skandinav. und anderen Länder begegnen, so werden wir Unionisten und KAP. Mitglieder, da, wo wir mit den fanatisierten und unaufgeklärten Mitgliedern der „komm." Parteien zusammenkommen, den Erfolg dieser Verhetzung bald am eigenen Leibe zu spüren bekommen.

„Vernichtet die Feinde der Einheit der Arbeiterklasse"! heißt es im Aufruf. Wer ist gegen die Einheit der Arbeiterklasse? Die Führer der Sozialdemokratie? Die Führer der Moskauer?. Nein, keiner von beiden. Beide wollen daß das Proletariat sich vereint, doch ein jeder will dem Proletariat, — den geeigneten Proletariat — den Fuß auf den Nacken setzen und es deren speziellen Interessen dienstbar machen. Amsterdam will die Herrschaft ausüben und das Proletariat den Interessen des westeuropäischen Kapitals ausliefern. Moskau das internationale Proletariat, mit und ohne Amsterdam, dem Kapitalismus dienstbar machen — im Interesse der Moskauer Partei-Diktatur; im Interesse des russischen kapitalistischen Wiederaufbaues; im Interesse des reichen russischen Bauers; im Interesse der russischen neu- und wiedererstandenen Bourgeoisie; im Interesse des osteuropäischen-asiatischen Imperialismus!

Eingedenk der Korruption innerhalb der Reihen der „Führenden" der III. Internationale, bildet dieser Aufruf ein Verbrechen, da dieser Aufruf außerordentlich verhetzende Wirkung innerhalb der Arbeiterschaft zur Auslösung bringen wird.

Arbeiter aller Richtungen — gebt Acht! Die Totengräber der Weltrevolution sind an ihrem verbrecherischen Werk!

Begreift doch endlich!

Einmal:

Vernichtet die Feinde der Einheit der Arbeiterklasse, die Wels, die Thomas, die Ebert, Bauer, Stauning!

Anderesmal:

Vereinigt Euch! Einheitsfront Moskaus mit Amsterdam, deren Führer die Wels, die Thomas, die Bauer, die Stauning! Sie, die tausende von Arbeitern hinschlachten ließen. Sie, die täglich Euch an das Kapital verraten, die bestochenen Kreaturen des Schwer- und Finanzkapitals. Vereinigt Euch mit diesen Schurken?

Tranmäl und Höglund werden nach Lesen dieses Aufrufs mit noch größerer Verbissenheit gegen Moskau kämpfen, selbstverständlich auch den Kampf gegen Amsterdam nicht einstellen. Sie kämpfen nach beiden Fronten — grundsatzlos — prinzipienlos —, mit dem Ziele vor Augen, Moskau und Amsterdam zu schaden und ihre eigene Macht zu festigen. Unsere Aufgabe ist es, dem Proletariat die Augen zu öffnen, es sehend zu machen.

DÄNEMARK.

Der Lock-out (Aussperrung) umfaßt nunmehr, einbegriffen die streikenden Arbeiter, darunter Baugewerbe (10 000) 80 000 Arbeiter. Für 52 000 Arbeiter ist seitens der Arbeitgeber zu Sonnabend, den 28. März Aussperrung angekündigt und wird sicher in Kraft treten. Des weiteren ist mit einer Generalaussperrung für die Niederringung der Arbeiter der wichtigsten berufe zu rechnen. Zur Abwehr des Unternehmerangriffes erhebt man von den in Arbeit stehenden pro Woche einen Streikbeitrag von 15—20 Kr. und aus diesem Grunde scheint man seitens der Reformisten beschlossen zu haben, so viel Arbeiter als möglich in Arbeit zu lassen. Wenn man die Situation betrachtet, so wird einem schwindelig. 260 Verbände und Verbändchen befinden sich in einer Lohnbewegung und einzeln schließen diese ein Uebereinkommen. Man weiß überhaupt nicht, wieviele sich im Streik in Unterhandlung befinden, oder welche Kategorie unter den Lock-out (Aussperrung) fällt. In Großbetrieben liegt die Situation so, daß die eine Branche ausgesperrt, die zweite sich im Streik befindet, die dritte arbeitet seelenruhig weiter. Der Arbeitgeberverband verlangt, nur mit dem „Samvirkende" (Zentrale) um alle Uebereinkommen zu verhandeln und nicht mit jedem der 260 für sich.

Die gesamte Presse weint trockene Tränen und bezeichnet die Aussperrung als ein Landesunglück. Der König beauftragte „seinen" Minister, den „Arbeiter" Stauning, die streitenden Parteien zu bewegen, sich in Güte wieder zu finden. Der Kd. Lakei versuchte es, seinem Herrn und Meister recht zu machen, doch die Herren Kapitalisten gaben ihm einen Nasenstüber, der aufsein kgl. Lakaiengemüt wie ein kalter Wasserstrahl wirkte. Es wird gehen, wie bereits unter Schweden gesagt.

Die Moskauer Sozialdemokraten haben außer der Parole Generalstreik kein anderes Mittel zur Hand. Alles andere, was sie vorschlagen, liegt auf der reformistischen Linie. Die Lohnkämpfe bieten diesen Revolutionshelden und persönlichen „Freunden" Liebknechts und Luxemburgs, ein Mittel, sich interessant zu machen.

Vor kurzem erwähnten diese, daß es ihnen gelungen sei, in den Besitz von Material des Arbeitgeberverbandes zu kommen, das die Pläne der Letzteren in Bezug auf den nun vorliegenden Arbeitskampf enthüllten. Die Hauptvertretung der Gewerkschaften (Samvirkende) wurde gebeten. Vertretern der DKP. Zutritt zu der Versammlung der „Samvirkende" zu geben, um das Material dort zu unterbreiten. Die Amsterdamer verzichteten, wie zu erwarten, auf eine Zusammenarbeit mit ihren Moskauer Blutsbrüdern. Die Letzteren waren jedoch nicht lange verlegen. Sie sandten Einladungen an alle Gewerkschafts-Vorstände und einzelne Delegierte aus. Die Versammlung fand am Sonntag den 15. März statt. Dort wurde eine Resolution angenommen, die die Wichtigkeit der vorgelegten Dokumente, die die Taktik der Arbeitgeber erkennen lassen, anerkannt und die Einberufung einer Versammlung der Kopenhagener Gewerkschafts-Delegierten verlangt.

Daß man die Dokumente nicht der gesamten organisierten Arbeiterschaft bekannt gibt und somit deren Kampfgeist stärkt, statt dessen Parteipolitik reibt, nur mit dem Funktionärkörper verhandelt, die große Masse der Mitglieder als uninteressiert zur Seite schiebt, beleuchtet wieder einmal recht deutlich die reformistische und konterrevolutionäre Linie der „kommunistischen" Parteien der Moskauer-Amsterdamer Richtung. Die Partei der 400 (nicht 4—6000, wie der Druckfehlerteufel neulich berichtete) gibt sich alle Mühe, ihrem großen Bruder und Auftraggeber gerecht zu werden. Wie er sich räuspert und wie er spuckt, das hat sie ihm richtig abgeguckt.

Alles was als Kriterium unter Norwegen und Schweden in Bezug auf Amsterdamer und Moskauer Partei und Gewerkschaftsbesitzer gesagt ist, gilt dopelt verstärkt auch für die Dänen.

Der Führer von Seemfundshjeelpen (tech. Nothilfe) hat im Bereithalten seiner Organisation angeordnet: Sofort, wenn „Lebenswichtige" Betriebe stillgelegt werden, soll seine Organisation in Wirksamkeit treten. Tritt diese Organisation in Wirksamkeit, so tritt der Kampf in ein verschärftes Stadium ein. Gründer ist Sozialdemokrat Oberpräsident Jensen.

Ostasiatische Kompagnie verteilt 21 v. H. Dividende. Burmeister & Wain, Werft 12 v. H. Dividende. Das sind die Kapitalungeziefer, die ihre Arbeiter aussperren und 12 v. H. Lohnabbau verlangen und in diesen Gesellschaften sitzen „Arbeiter" im Aufsichtsrat (Eroberer!).

ENGLAND.

Englische Matrosen des englischen Dampfers „Allajerety" der in Aalbourg Kohlen löschte, haben es abgelehnt den bestreikten Dampfer zu löschen.

Aus London wird gemeldet, daß das Bürgerkomitee Glanceney es abgelehnt hat, für die arbeitslosen Bergarbeiter des Bezirks Cape Breton, 5000 Dollars anzunehmen, die von der R. G. I. zur Verfügung gestellt waren.

Mitteilungen

GROSS-BERLIN.

3. Unterbezirk (Wedding). Am 10. April 1925 (Karfreitag), Mitgliederversammlung im bekannten Lokal. Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

5. Unterbezirk (Friedrichshain). Freitag, den 10. April (Karfreitag), Quartalsmitgliederversammlung abends 7½ Uhr, Graudenzer Straße 3. Tagesordnung: 1. Wirtschaftsgeschichte als proletarische Klassenwirtschaft, II. Teil. 2. Neuwahl der Bezirksleitung. Vollzähliges Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

19. und 20. Unterbezirk. Zusammenkunft am Karfreitag, den 10. April, um 10 Uhr, bei Weiland-Pankow, Damerowstraße 45.

Achtung! Verlags-Kommission! Die nächste Zusammenkunft findet am Freitag den 17. April, an bekannter Stelle statt. Vollzähliges Erscheinen der Genossen ist Pflicht.

Pressefonds.

Es gingen ein: 6. Unterbezirk der KAPD.-Berlin Mk. 13. Genossen! Sammelt für den Pressefonds. Denkt stets daran, daß die revolutionäre Presse, die „KAZ.", jede Mark gebraucht!

Verantwortl. Red. und Herausgeber: Otto Schernell, Berlin. Druck: Willy Iszdonat, Berlin O. 17, Lange Straße 79.

6. Jahrg. Nr. 27

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 0,15 Mk.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

April 1925
Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 29
(Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 40)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

Die Offensive des Kapitals

unterstützt vom Sozialreformismus

Das eherne Gesetz des Wachsens und Vergehens bringt auch gleichzeitig das Verlangen jedes Wesens mit sich, sich so lange wie irgend möglich am Leben zu erhalten, das Neue, das seinen Posten zwangsläufig erobern muß, mit allen Mitteln daran zu hindern, es zu unterdrücken.

Nichts ist gemeiner und brutaler in diesem Kampf, als das kapitalistische System. Nie hat es das so offen bekundet, als in den letzten Jahren der parlamentarischen gewerkschaftlichen Aera. Der Kapitalismus versucht mit allen Mitteln aus der Weltwirtschaftskrise herauszukommen, die Widersprüche seiner eigenen Entwicklung aus der Welt zu schaffen. Da diese Widersprüche nicht nur in den schlechten Wirtschaftsverhältnissen irgend eines Staates liegen, sondern ganz allgemeine der gesamten Weltwirtschaft sind, geht der Kapitalismus überall mit der gleichen Schärfe seiner Ausbeutungsmethoden vor. Das deutsche, das europäische Proletariat leidet so gut unter diesem Druck wie das amerikanische, oder das sonst eines anderen Erdteils. Das Proletariat ist das Ausbeutungsobjekt zur Tilgung der kapitalistischen Entwicklungs-Widersprüche. Diese Ausbeutung schwächt sich nicht ab, sondern sie nimmt immer schärfere Formen an, weil sich bestimmte Widersprüche auf dem Weltmarkt auch vergrößern. Die Frage des profitsicheren Warenumsatzes, die Lebensfrage des Kapitals wird teilweise immer kritischer.

Der Selbsterhaltungstrieb formt immer neue Versuche und Experimente zur Ausbeutung der Arbeitskräfte im Produktionsprozeß, um diese Frage zu lösen. D. h. nicht auf Kosten der eigenen Kapitalien oder des eigenen Lebens, sondern auf Kosten der Arbeiterklasse.

Die Arbeiterklasse steht diesem Ausbeutungsprozeß, dem Offensivkampf des Kapitals zum größten Teil passiv, uninteressiert oder mit selbstvernichtenden Illusionen gegenüber. Sie sieht diesen Kampf des Kapitalismus nicht, weil ihr Weg von den Vertretern des Kapitals von den gewerkschaftlichen und parlamentarischen Organisationen des Proletariats bestimmt wird. Dieser Weg geht nicht zum Kampf gegen die Offensive des Kapitals, sondern in vollständiger Passivität, um gesetzlich genehmigte vom Kapital selbst anerkannte Verbesserungen innerhalb dieses Ausbeutungsprozesses.

Da aber das Kapital nur in ganz geringen Fällen in diesen augenblicklichen Verhältnissen Verbesserungen anerkennen kann, ist das Proletariat Schritt für Schritt mehr der Selbstvernichtung preisgegeben. Da die Widersprüche dieses Vernichtungsprozesses immer deutlicher auftauchen, ergeben sich für die reformistischen Arbeiterorganisationen immer dementsprechend dringendere offene oder verdeckte Ablenkungsmanöver.

Ein Ablenkungsmanöver an das andere gereiht. In diesen Manövern wetteifern die radikal terroristischen Reformisten der KPD. durch ihre Parolen, mit den humanitären, pazifistischen Reformisten der SPD.

Tagtäglich legen sie von dieser klassenverräterischen Taktik ein neues Bekenntnis ab. Sie beweisen, daß es ganz gleich, ob sie höher oder tiefer den Ton anschlagen, um sich bei den Massen erkenntlich zu machen, prinzipiell zwischen ihnen keinen Unterschied gibt. Die Höhe oder Tiefe ihrer Illusionsschreierei wird lediglich durch den Opportunismus der innereren Lebens-Bedingungen bestimmt. Die KPD. schreit im Auftrage der III. Internationale, und die SPD. schweigt im Auftrage des Kleinbürgertums, dem sie sich verschrieben hat, um überhaupt noch ein politisches Bild zu zeigen, um mit der Republik nicht in Widerspruch zu geraten.

Der Kapitalsoffensive gegenüber arbeiten sie mit den gleichen Mitteln, einerseits mit der amerikanischen Stimmenzählung, mit dem Verdummungsmanöver des Parlamentarismus, andererseits mit den Illusionen des Lohnkampfes und der demokratischen Mitberatung im kapitalistischen Wirtschaftsgetriebe durch gesetzliche Betriebsräte, Zellen oder Kontrollausschüsse usw.

Auf Grund ihres Zusammengehörigkeitsgefühl im gleichen Verdummungsprozeß können wir ja auch das Bestreben nach Einigkeit in den gemeinsamen Organisationen, den Gewerkschaften, feststellen.

„Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr!" Denn bei der Gefahr eines revolutionären Zusammenbruchs des bürgerlichen Staates, muß ihre gemeinsame politische Plattform, — die Republik, der Parlamentarismus, — auf der sie die Massen unter ihrer Fahne gesammelt haben, zusammenbrechen und mit der Beseitigung der Lohnsklaverei ist gleichzeitig das Fundament der Gewerkschaften und ihrer Besitzer zerstört. Wer das sieht, weiß, daß alle die Tagesereignisse, die scheinbaren Aktionen des Proletariats, die auf der Weltbühne auftauchen, solange sie von diesen Organisationen in ihrem Sinne bestimmt und geleitet werden, mit der gleichen Niederlage enden müssen. **Auf diesem Illusionskampf baut das Kapital seinen Offensivkampf auf. Ganz offen, denn das Proletariat ist mit Blindheit geschlagen.**

Der gesamte Parlamentarismus hat sich längst von einem Wahlrummel zum andern mit seinen reaktionären Wirkungen vor uns aufgerollt. Von 1918 ab hat das Proletariat an der Republik genügen Schule gemacht. Der letzte Wahlgang mit seinem gesamten Tamtam der Großbourgeoisie und des Kleinbürgertums von der äußersten Rechten bis zur Linken der KPD. hat dasselbe bewiesen. Das Theater wird am 26. April seine Fortsetzung finden. Millionen der Ablenkung, der Verdummung, der Selbstvernichtung preisgegeben durch eine politische Puppe.

Wie brutal offen das Geschäft betrieben wird, sehen wir aus der Umstellung des Wahlrummels auf die entscheidenden Kandidaten. Der Vertreter des bestimmenden Großkapitals, Jarres muß dem klingenden Namen eines politischen Ochsen, Hindenburg, wahrscheinlich Platz machen, und an Stelle des „Sozialisten" Braun tritt der Vertreter des Katholizismus Marx. Die KPD. kann froh sein, daß nicht eine direkte Stichwahl zwischen den meistbestimmten Kandidaten auf der Tagesordnung steht, ihre Stellung im scheinrevolutionären Parlamentarismus hätte vor der Entscheidung gestanden...

Dasselbe Manöver spielt sich im kapitalistischen Wirtschaftsgetriebe ab. Die Staatspolitik des Kapitals, wird durch den Parlamentarismus verschleiert, die Wirtschaftspolitik, die Offensive der Ausbeutung, der Versklavung des Proletariats, durch die Gewerkschaften.

Bei dieser Praxis sind sie sich einig, die von der SPD. und die von der KPD. Der eine übertrumpft den anderen in dem Geschrei: „Hinein in die Gewerkschaften, nur unter der Praxis der Gewerkschaften kann sich der Weg des Proletariats bewegen."

Die Metallarbeiter Berlins werden von den Großindustriellen ausgesperrt.

Die Kupferschmiede haben — als Ursache dieser Aktion des Kapitals — um eine Verbesserung ihrer Lebenslage streiten wollen, ohne daß das Kapital und die Gewerkschaften dies vorher anerkannt hatten. Das Kapital hat gelernt, wie es diesen Bewegungen entgegenzutreten hat. Streik an Streik waren die Prüfungsmanöver des kapitalistischen Feldzuges.

Einer der letzten Versuche war der kaum vergangene Eisenbahnerstreik.

Die Organisation der Berliner Metallindustriellen sperrt ganz einfach nach Belieben die passiven Arbeitermassen aus. Ganz nach dem eigenen Ermessen der Zweckmäßigkeit, langsam aber sicher, denn vor einem politischen Kampf werden sie durch die Gewerkschaften bewahrt.

Denn die proletarischen Organisationen bis zur scheinrevolutionären KPD., wollen keinen Kampf zur Vernichtung der Lohnsklaverei. Die „Rote Fahne" vom 7. April schreibt in ihrem Aufruf: „Metallarbeiter führt den Gegenstoß!" folgende Kampfparole:

„Jetzt gilt es zu kämpfen für den Achtstundentag! Jetzt müssen für alle Kategorien ausreichende Löhne herausgeholt werden. Jetzt muß dafür gesorgt werden, daß, wenn ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen wird, grundsätzlich der Achtstundentag festgelegt wird usw. Außerdem muß jetzt dafür gesorgt werden, daß endgültig das Chaos und die Willkür bei der Festlegung der Akkordpreise beseitigt, und in ein einheitliches Schema, nach Stückpreis gerechnet, gebracht wird."

Kein Wort von der Beseitigung des kapitalistischen Systems, kein Wort des Kampfes, der Revolution gegen die Offensivtaktik des Kapitals, sondern nur ein Illusionsmanöver, um Verbesserung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung.

So wird das Proletariat durch den Reformismus in die Selbstvernichtung, in die kapitalistische Barbarei getrieben.

Der Zusammenbruch der neuen Konjunktur

Die immer mehr sich steigernde Konzentration innerhalb des internationalen rohstoffproduzierenden Kapitals hat zu einer starken Rohstoffehausse geführt. Sie hat sich insbesondere auf dem Getreidemarkt und in den Metall-, Woll- und Baumwollpreisen ausgewirkt. Ihr Höhepunkt war in der Mitte des Monats Februar. Jetzt ist schon der völlige Zusammenbruch dieses Konjunkturversuches festgestellt. Die kurze Dauer der Bewegung zeigt am besten, wie wenig tragfähig der Weltmarkt ist und wie gering die Reserven der Konsumenten sind. Die Spekulation der jetzt die Wirtschaft beherrschenden Produzentenklasse, ihr Monopol zu einem Profitzug in großem Maßstabe auszunutzen, mußte fehlschlagen. Die Herrschaft der Schwerindustrie und der Landwirtschaft ist noch ganz jung. Es fehlt den beiden Schichten jede Erfahrung und jede Einschätzung des Verbrauchs. Sie haben geglaubt, durch ein rücksichtsloses Diktat wie in den Hochkonjunkturen der Inflationsperiode rein börsenmäßig Konjunkturen entfachen zu können. Die enorme Ueberschätzung ihres eigenen Einflusses auf die Wirtschaft hat zur Katastrophe geführt. Die Anarchie der Warenproduktion, deren Regulator in der kapitalistischen Wirtschaft das Handels- und Finanzkapital darstellte, hat noch größere Formen angenommen. Die bisher herrschenden Gruppen hatten durch ihr wirtschaftliches Uebergewicht ein gewisses Gegengewicht gegen eine völlig einseitige Produzentenpolitik gebildet. Ihr Profit war von einer Durchführung eines Interessenausgleiches zwischen Produzenten und Konsumenten abhängig, der sich politisch in dem Verlangen nach Freihandel konzentrierte. Nachdem der letzte Hort und der wichtigste Exponent dieser Politik, das englische Kapital, vor der neuen Gewalt kapituliert und in England der Schutzzoll zu dominieren begann, war jede Hemmung für eine rücksichtslose Produzentenpolitik fortgefallen. Es hatte sich damit die schon tatsächlich bestehende Herrschaft des Industrie- und landwirtschaftlichen Kapitals legal fundiert.

Die neue Konjunktur bildete den Auftakt und zugleich den ersten Versuch dieser genannten Gruppen, im Weltmaßstab einseitige Produzentenwirtschaftspolitik zu treiben. Der Zeitpunkt war außerordentlich schlecht gewählt. Der nach dem Inflationszusammenbruch Europas begonnene langsame „Wiederaufbau" durch Ueberschüttung mit amerikanischem Kapital hatte zwar äußerlich eine Konsolidierung herbeigeführt. Das europäische Kapital wurde infolge der steigernden Rohstoffpreise zu einer enormen Einfuhr veranlaßt, die im wesentlichen einen spekulativen Charakter trug und ein schnelles Zurückfluten des geliehenen Geldes herbeiführte. Der neue Gläubiger konnte nicht schnell genug die Früchte seines Wiederaufbaus ernten. Er drängte die Schuldner zu großen Kreditgeschäften, die sich infolge des fehlenden Absatzmarktes nie regulieren ließen. Die Hausse war nicht aus einem gesteigerten Bedürfnis und aus der Ausnutzung desselben entstanden, sondern von den Produzenten dem Fertigwarenkapital aus spekulativen Gründen aufgezwungen. Der Bedarf konnte demgegenüber in keiner Weise gesteigert werden. Die Teuerung traf auf einen völlig ausgepumpten Weltmarkt. Die immer rücksichtsloser durchgeführte Aufblähung der Lebenshaltungskosten ließ den Reallohn weiter sinken. Die noch vorhandenen Reserven waren durch die Inflationsjahre schon längst verpulvert. Der Sieg der Produzentenklasse hatte gleichzeitig zu einer Vernichtung der Kaufkraft der Massen geführt. Er war keine Ueberwindung einer Krise, die zu einer neuen Schichtung geführt hat, sondern der

Abstand der einzelnen Klassen war so gesteigert und steigert sich noch fortwährend, daß die Krise, der Abstand zwischen Produktionsfähigkeit und Konsum, sich ständig erweitert. Jede neue Konjunktur ist ein weiterer Schritt zum Zusammenbruch, weil sie nur die Enteignung zugunsten der Produzenten fördern muß, welche sich so notwendigerweise ihr eigenes Grab graben. Sie müssen ständig die Produktion vermindern, was nichts anderes als eine erhebliche Erhöhung der Preise zur Folge hat. Der Anteil der Unkosten am Produkt ist gegenüber der Vorkriegszeit ständig im Steigen begriffen, weil die Ausnutzung der Betriebe dauernd zurückgeht. Der Personalabbau hat an den tatsächlichen Verhältnissen seine Grenze und kann auch nicht mehr heruntergedrückt werden. Eine Herabsetzung der Löhne ist kaum mehr möglich, weil eine derartige Maßnahme eine Revolutionierung der Arbeiterschaft bedeuten würde. Das Mittel der Inflation durch Preissteigerung hat sich als äußerst gefährlich herausgestellt, weil dadurch die Kaufkraft noch geringer würde. Der Schrei nach Preisabbau als einzige Rettung hat bisher nur zum umgekehrten Resultat geführt. Das Kapital ist sich wohl bewußt, daß Preisabbau sein Ziel sein muß, aber die objektiven Verhältnisse, d. h. der Zwang des Profits, des Hebels der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, drängen zu steigenden Preisen. Die Ausbeutung der Rohstoffe produzierenden Länder durch die verarbeitenden Länder hat durch die Kriegsentwicklung nicht nur ihr Ende erreicht, sondern die verarbeitenden Länder sind zu Schuldnern der Rohstoffländer geworden. Die europäischen Industrieländer sind dadurch in doppelte Abhängigkeit geraten und völlig dem Willen des Produktionskapitals dieser Länder ausgeliefert. Sie werden gezwungen, die Rohstoffe zu kaufen; um Kredite zu erhalten. Es ist das Spiel des Wucherers, der dem Dahrlehensuchenden einen Teil des Darlehen in bar und den Rest in unverkäuflichen Waren gibt.

Die überlegene Finanzkraft des Produktionskapitals konnte wohl ein Zeil lang den Zwang zur Abnahme aufrecht erhalten. Was sie aber nicht erreichen konnte, ist die Bezahlung der gelieferten Ware. Am stärksten hat sich naturgemäß die Krise in der Textilindustrie gezeigt, weil diese mehr als jede andere Industrie von der Konjunktur abhängig ist. Sie ist sozusagen das Barometer einer Krise. Die Hausse auf dem Getreidemarkt kann sich deshalb nicht so stark auswirken, weil dieses Produkt völlig unentbehrlich ist und sich die Spekulation in einigen wenigen kapitalkräftigen Händen befindet. Der Metallmarkt anderseits ist schon längst im Weltmarktmaßstab konzentriert und verfügt über eine glänzende Organisation, die die Preisregulierung den Verhältnissen anzupassen pflegt, daß ein Zusammenbruch kaum in Frage kommt. Demgegenüber ist die Textilindustrie noch im Zustand der freien Konkurrenz, weil sie mehr Modeindustrie und als solche auf die Einzelleistung angewiesen ist. Sie ist auch in gewisser Beziehung Luxusindustrie. Ihr Bedarf ist ein Wohlstandsmesser von nicht zu unterschätzender Bedeutung, besonders seitdem die Kleidung als gesellschaftlicher Faktor stark an Bedeutung gewonnen hat. In keiner Industrie ist eine so starke Bedürfnissteigerung eingetreten. Der Konjunkturrückschlag pflegt besonders diese Industrie zu treffen, weil die Einschränkung des Bedarfs hier große Läger bedeutet, welche wegen des Modewechsels unverwertbar werden.

Soeben erschienen! Soeben erschienen!

„Proletarier“

Zeitschrift für revol. Klassenkampf.

Heft 6. Preis 0,30 Mk.

Aus dem Inhalt: Die Perspektive des Kapitalismus. Taylor und Fordismus. Ueber die Frage Partei oder Klassendiktatur. Klassenmoral, die Stütze des proletarischen Selbstbewußtseins. Im Zeichen des Kreuzes. Weingrauben. Bibliographie.

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei oder direkt von der Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O.17, Warschauerstraße 49.

Deutschland zeigt infolge seiner Verarmung am stärksten die Symptome der Kriese auf. Die Konkurse im Textilhandel und in der Konfektion sind enorm gestiegen. Es handelt sich dabei keineswegs um Inflationsblüten, sondern um sehr alte Unternehmen. Diese Vorgänge in Deutschland werden sich bald auf das übrige Europa ausdehnen. Die Krise wird sich aber nicht nur auf die Textilindustrie beschränken, sondern auch auf die Metallindustrie übergreifen. Zum ersten Mal seit der Annahme des Dawesgutachtens ist eine Senkung der Großhandelspreise zu verzeichnen und zwar um 1,5 v. H. Die Preise sind jetzt wieder auf dem Stand der Frühjahrskonjunktur des Jahres 1924 angelangt und betragen 3 v. H. weniger als am 31. XII. 1924. In Amerika zeigt sich dieselbe Erscheinung. Der Großhandelsindex, welcher am 3. I. 24 auf 138 stand, war bis zum 29. I. 1925 auf 176,39 gestiegen. Seit dieser Zeit fiel er dauernd und betrug am 30. III. d. J. 158,01.

Die Arbeitslosenziffern sind dauernd im Steigen begriffen. In England hat sich trotz der Schutzzollpolitik die Zahl der Arbeitslosen nicht verringert. Es gibt dort nicht weniger als 1 100 000 Arbeitslose. Eine Aenderung ist um so weniger zu erwarten, als die technische Vervollkommnung der Betriebe 30 v. H. der in der Vorkriegszeit notwendigen Arbeitskräfte ausscheiden läßt. Das Beispiel Englands ist deshalb gewählt, weil es sich hier um das kapitalkräftigste Land Europas handelt.

Die Herrschaft des Produktionskapitals ist für das Proletariat viel härter als die des Finanzkapitals, welche die kapitalistische Blüteperiode umfaßt. Es ist dies besonders deshalb der Fall, weil wir hier die letzte Stufe der kapitalistischen Entwicklung vor uns haben. Der auf das äußerste vervollkommte Produktionsapparat, welcher infolge des Absatzmangels leer läuft, fängt an, eine ungeheuere Belastung der Wirtschaft zu bilden, die sich immer mehr steigern muß. Das Berliner Tageblatt spricht schon ganz offen von der „falschen Hausse“. Es gibt aber diese Figur überhaupt nicht, weil diese Hausse zwangsweise zu einer Verschärfung der Krise führen mußte. Es wird nur noch falsche Haussen geben. Dies beginnen auch schon die bürgerlichen Nationalökonomen zu begreifen. Nur die Arbeiterschaft hofft noch auf Erlösung durch den Kapitalismus und trottet brav den Idealen des Finanzkapitals nach. Sie sucht die goldenen Zeiten der Herrschaft dieser Kaste wieder herzustellen.

Die revolutionäre Arbeiterschaft wird immer gegen diese Illusionen kämpfen und der Arbeiterschaft die wahre Lage aufzeigen. Das Kapital zehrt noch immer mit Erfolg von dem Kredit, den es sich durch die früher der Arbeiterschaft gewährten Existenzbedingungen verschafft hat. Die Kommunistische Arbeiter-Partei hat der Arbeiterschaft immer wieder erklärt, daß der Aufbau des Kapitals ein Unsinn ist und daß die kapitalistische Wirtschaft beseitigt werden muß, wenn das Proletariat ein lebenswürdiges Dasein haben will.

Ferdinand Lassalle und die Revolution

Von Rosa Luxemburg.

(Zum 100. Geburtstage am 11. April)

Die unmittelbare Beziehung Lassalles zur März-Revolution ist nur eine fragmentarische, fast flüchtige geblieben, teils infolge seines noch verhältnismäßig jugendlichen Alters, vor allem aber infolge der eigentümlichen Verkettung von Umständen in seinem Leben, die ihn an das individuelle Schicksal einer von den herrschenden Feudalmächten schwer mißhandelten Frau fast für ein Jahrzehnt gekettet und seine Kraft in dieser Zeitspanne dem Revolutionsdienst in keiner Sache streitig gemacht haben. Erst in der Novemberkrise 1848 konnte Lassalle hervorragenden Anteil an den Revolutionskämpfen des Rheinlandes nehmen, alsbald wurde er aber auch schon in der Schlinge der preußischen Justiz gefangen, die ihn erst herausließ, als die Revolution bereits zu Ende war.

Aber der geschichtliche Zusammenhang Lassalles mit der Märzrevolution erschöpft sich nicht entfernt durch sein unmittelbares Wirken während des „tollen Jahres“, liegt nicht einmal in der Hauptsache darin. Er läßt sich vielmehr dahin zusammenfassen, daß Lassalle es war, der die wichtigste geschichtliche Konsequenz der Märzrevolution in die Tat umsetzte, indem er fünfzehn Jahre später die deutsche Arbeiterklasse aus dem politischen Schlepptau der Bourgeoisie endgültig loslöste und zu einer selbständigen Klassenpartei organisierte.

Die besondere Art und Weise, wie Lassalle dies Werk ausgeführt, hat bekanntlich scharfen und in vielem verdienten Tadel von Marx'scher Seite gefunden. „Er beging“, schrieb Marx 1868 an Schweitzer über Lassalle, „große Fehler. Er ließ sich zu sehr durch die unmittelbaren Zeitumstände beherrschen. Er machte den kleinen Gegensatz gegen einen Zwerg wie Schultze-Delitzsch zum Zentralpunkt seiner Agitation — Staatshilfe gegen Selbsthilfe. Der „Staat“ verwandelte sich ihm in den preußischen Staat. So wurde er zu Konzessionen an das preußische Kohlentum, die preußische Reaktion (Feudalpartei) und selbst die Klerikalen gezwungen.“

Doch die große Tat, die Lassalle trotz und durch diese Fehler vollbracht, verkleinert sich nicht, sondern wächst immer mehr mit der historischen Perspektive, aus der wir sie betrachten. Daß Lassalle es verstanden hat, die ganze innere Misere des bürgerlichen Liberalismus zu durchschauen und vor der Arbeiterklasse rücksichtslos, beinahe brutal zu entlarven — gerade zu einer Zeit, wo dieser Liberalismus immerhin noch so etwas wie einen Kampf mit der Krone und mit der bunkerlichen Reaktion wagte. Dieses Verdienst wird in dem Maße immer größer in den Augen des Historikers und des Politikers, als das liberale Bürgertum seitdem das Wunder fertig gebracht hat, auch von jener Tiefe, auf der es damals stand, mit jedem Jahre noch tiefer hinabzugleiten. Und wenn heute noch, wenn auch vereinzelt und vorübergehend, Illusionen in bezug auf einen neuen Aufschwung, auf einen Altweibersommer des bürgerlichen Liberalismus, auf ein Zusammengehen und -kämpfen des Proletariats mit ihm überhaupt denkbar waren, um so bahnbrechender wird die Tat Lassalles, der nicht einen Augenblick zauderte, dem deutschen Proletariat durch die Trümmer des über dem heutigen doch turmhoch ragenden Liberalismus der Konfliktszeit den Weg zur selbständigen Klassenpolitik zu weisen. Lassalle hat Fehler in seiner Kampftaktik begangen, gewiß. Doch ist es zum Teil nur ein wohlfeiles Vergnügen für Kleinkrämer der Geschichtsforschung, Fehler an einem großen Lebenswerk zu konstatieren. Zur Beurteilung einer Persönlichkeit wie ihres Wirkens, ist viel wichtiger die Erkenntnis der eigenen Ursache, der besonderen Quelle, aus der ihre Fehler wie ihre Vorzüge sich ergaben. Lassalle siedelte vielfach durch seine Neigung zum „Diplomatisieren“, zum „Listen“ mit der Idee so in seinen Verhandlungen mit Bismarck über die Oktroyierung des Wahlrechts, so in seinen Plänen der Produktivassoziationen mit Staatskredit. Er begab sich in seinen politischen Kämpfen mit der bürgerlichen Gesellschaft, wie in seinen gerichtlichen Kämpfen mit der preußischen Justiz mit Vorliebe auf den Boden des Gegners, ihm so äußerlich eine Konzession seines Standpunktes gewährend, ein kühner Akrobat, wie Johann Philipp Becker schrieb, wurde er oft einen Sprung bis auf den äußersten Rand des Abgrundes, der eine revolutionäre Taktik vom Paktieren mit der Reaktion scheidet. Aber die Ursache, die ihn zu diesen gewagten Sprüngen verleitete, war nicht die innerliche Unsicherheit, der innere Zweifel an der Kraft und der Realisierbarkeit der revolutionären Sache, die er vertrat, sondern ganz umgekehrt, ein Uebermaß an selbstsicherem Glauben an die unbezwingbare Macht dieser Sache.

Lassalle trat im Kampfe manchmal auf den Boden des Gegners über — nicht um dadurch etwas von seinen revolutionären Zielen preiszugeben, sondern in dem Wahn einer mächtigen Persönlichkeit, dem Gegner, umgekehrt, auf dessen eigenen Boden so viel für seine revolutionären Ziele abtrotzen zu können, daß andere der Boden selbst dem Gegner unter den Füßen hätte zusammenbrechen müssen. Wenn Lassalle z. B. seine Idee der Produktivassoziationen mit Staatskredit auf eine idealistische, unhistorische Fiktion von „Staate“ aufpfropfte, so lag die große Gefahr dieser Fiktion darin, daß er in Wirklichkeit damit doch nur den erbärmlichen preußischen Staat idealisierte. Aber was Lassalle auf Grund dieser Fiktion diesem Staate an Aufgaben und Pflichten der Arbeiterklasse gegenüber alles abfordern und auftrotzieren wollte, das hätte nicht nur die eiende Barake von einem preußischen Staat, sondern den Bürgerlichen Staat überhaupt ins Wanken gebracht.

Das Falsche, man möchte sagen das Opportunistische in der Lassalleschen Taktik lag darin, daß er sich mit seinen Forderungen an eine falsche Adresse wendete, aber seine Forderungen verkleinerten sich deshalb nicht und bröckelten nicht unter seinen Händen ab, sondern sie wuchsen immer mehr. Und wenn er den ganzen Kampf mit Vorliebe auf einige wenige Kampfparolen reduzierte, so war es nicht das Uebermaß an Langmut, das ihn etwa geheißen hätte, das Meer der sozialistischen Forderungen durch bürgerliche Reformen löffelweise auszuschöpfen, sondern es war umgekehrt, die Ungeduld, die ihn dazu trieb, zur Abkürzung des langen historischen Prozesses alle Kräfte des Ansturmes jeweilig auf einen oder einige wenige Angriffspunkte zu konzentrieren. So sind denn die Fehler selbst der Lassalleschen Taktik die des Stürmers und nicht des Zauderers des waghalsigen Revolutionärs und nicht des kleinmütigen Diplomaten gewesen.

Es gab zu jeder Zeit Menschen — und es gibt solche auch heute noch genug — die an die Möglichkeit und das Zeitgemäße einer Revolution glauben, wenn sie bereits geschehen. Menschen, die der Weltgeschichte ihre Gedanken sozusagen nicht stehlen, die der Weltgeschichte ihre Gedanken sozusagen nicht stehlen, die der Weltgeschichte ihre Gedanken sozusagen nicht vom Antlitz sondern vom Rücken ablesen. Lassalle gehörte mit zu jener großen Generation, an deren Spitze Karl Marx leuchtete, in der der Glaube an die Revolution in seiner ganzen Macht lebendig war. Nicht bloß in dem Sinne, daß Lassalle wie Marx und Engels speziell in den 50er Jahren noch ganz fest auf die Rückkehr der revolutionären Märzwelle in Europa rechnete, sondern vor allem in dem Sinne, daß er in dem felsenfesten Glauben an die Berechtigung und Unvermeidlichkeit der proletarischen Revolution überhaupt lebte. „Den Massenschritt der Arbeiterbataillone“ zum weltgeschichtlichen Ansturm auf die bürgerliche Gesellschaftsordnung hörte er beständig, mitten im Alltagslärm und Polizei. Und er wußte ganz genau, daß preußischen Justiz und Polizei. Und er wußte ganz genau, daß die einzige, aber ausreichende Bürgschaft für den Eintritt und den siegreichen Verlauf dieser Revolution — eben in der proletarischen Masse selbst liegt. Hat er dies auch nicht auf dem Wege der materialistisch-historischen Forschung, wie Marx, sondern vielmehr auf dem Wege der philosophisch-idealistischen Spekulation gefolgert, so gab Lassalle doch in völliger Uebereinstimmung mit der Marx'schen Lehre der deutschen Arbeiterklasse einen der wichtigsten Wegweiser in ihrem Klassenkampfe, als er die parlamentarische Reformtätigkeit der revolutionären Massenaktion entgegenstellend sagte:

„Nie hat, nie wird eine gesetzgebende Versammlung den bestehenden Zustand umstürzen. Alles was eine solche Versammlung in gutem und gekrümmtem hat, ist den draußen bestehenden Zustand proklamieren, den draußen schon vollzogenen Umsturz der Gesellschaft sanktionieren und ihn in seine einzelnen Konsequenzen, Gesetze usw. auszuarbeiten. Revolutionen kann man nicht mit den Massen und ihrer leidenschaftlichen Hingabe machen.“

Ob Lassalle, wenn ihn ein jäher Tod nach kurzer leuchtender Laufbahn nicht dahingerafft hätte, in der heutigen Bewegung sich zurecht finden und in der gänzlich geänderten Situation seine Stellung als gewaltiger, führender Geist behaupten würde, mag füglich bezweifelt werden. „Die Ereignisse“, schrieb er kurz vor seinem Tode, „eilen so sich, fürchte ich, allzusehr nach vorn, und meine glühende Seele hat an chronisch chronischen Krankheit gegeben, als die gegenwärtige Periode des bürgerlichen Parlamentarismus, durch die sich zur Umwälzung hindurch zu zwängen, hindurch zuwaten, das bewährte Proletariat in Deutschland, wie in allen kapitalistischen Ländern, verdammt ist. Für diese Periode des Kampfes war Lassalle als Persönlichkeit natürlich nicht geschaffen. Aber umsomehr tut der heutigen proletarischen Bewegung jene „glühende Seele“ not, die in Lassalle lebte und in jedem seiner geschriebenen Worte noch atmet, jene glühende Seele, die es allein verstehen wird, nach Lassalles Ausdruck „die ganze Macht in eine Faust geballt“, im entscheidenden Augenblick die bürgerliche Gesellschaft zu überwinden und zu siegen.

(Dieser Aufsatz Rosa Luxemburgs erschien im Jahre 1904 in einer Märzgedenkschrift.)

(Ueber die Lassallesche Arbeiteragitation in der nächsten Nr.)

Politische Rundschau

Thema: „Rote Hilfe“

Gesinnungslumperei.

Bekanntlich versucht die „Rote Hilfe“ die gefesselten Revolutionäre auf ‚ne feine Tour so langsam die Gesinnung für die KPD. abzukaufen. Diese Fälle sind ja zur Genüge bekannt. Anderntalls wiederum lassen sich begnadigte Revolutionäre aus irgend welchen Motiven zu allerhand Reklamedrucken für die KPD. mißbrauchen, wie es der Fall Mühsam klar bewies. Es gibt aber auch politische Gefangene, die aus wer weiß welchen Motiven bei eventueller Begnadigung die tollsten Streiche begehen, die glatte Gesinnungslumperei darstellen. Da diese Täuschung gefährliches Gift fürs Proletariat darstellt, übermitteln wir es hiermit der Oeffentlichkeit.

Der „Klassenkampf“ von Halle vom 31. März, Provinzausgabe, bringt folgende Briefe:

„Russische Genossen an die politischen Gefangenen des Zuchthauses Sonnenburg.

Werte Genossen!

Aus dem Lande, wo die Arbeit und Gerechtigkeit triumphieren, übersenden wir Euch einen herzlichen Gruß und bringen unser tiefes Mitgefühl Euch Opfern des Kapitalismus gegenüber zum Ausdruck. Ihr kämpft dort in der Ferne um die Befreiung der Arbeiterklasse. Die kapitalistischen Unterdrücker haben Euch ins Gefängnis geworfen. Verliert nicht den Mut. Wir glauben fest daran, daß die gerechte Sache der Werktätigen siegreich aus dem Kampf mit dem Kapital hervorgehen wird. Und ihr werdet dann frei und glücklich leben. Vorläufig halten wir es aber für unsere Pflicht, zusammen mit unseren älteren Genossen, Euch, Euren Frauen und Kindern Hilfe zu erweisen. Wir treten alle der IRH. Zelle bei und werden stets für Euch sorgen.

Wir wünschen Euch baldigste Befreiung und ein gutes glückliches Leben. Die Schüler der Jugendschule Nr. 1.

An die Schüler der Jugendschule Nr. 1.

Werte Genossen!

Soeben sind wir aus dem Kerker der Ebert-Republik zurückgekehrt, wo wir 40 Monate als Opfer der deutschen Schandjustiz verweilen mußten. Wieder vereinetreten in die Kampfreihen der deutschen Revolutionäre, senden wir Euch, liebe Brüder und Schwestern, proletarische Grüße und Dank für Eure aufopfernde Unterstützung unserer Frauen und Kinder. Nur durch Eure Liebe und Eure nie versagende Opferfreudigkeit sind sie vor größtem Hunger und Elend bewahrt geblieben. Unzählige Male gedachten wir hinter Zuchthausmauern mit Stolz und Dankbarkeit an unsere Brüder und Schwestern in Rußland, an das einzige Land, wo das Proletariat, die Arbeiter, triumphiert; wo dem Vampyr Kapitalismus das Haupt abgeschlagen wurde. In den trübsten Stunden flößte uns Euer leuchtendes Beispiel immer neuen Mut, neue Hoffnung ein, und neue Kraft schöpften wir aus dem Bewußtsein, daß Ihr unsere Frauen und Kinder nie und nimmer in Stich lassen würdet.

Genossinnen und Genossen! Wir wissen Eure Opfer. Eure Unterstützung der Gefangenen und deren Familien hoch genug einzuschätzen. Die Zahl der gefangenen Revolutionäre in Deutschland ist so groß, daß die deutschen kommunistischen Arbeiter, infolge des unermeßlichen Elends, ohne Eure echt proletarische Hilfe und Solidarität nicht in der Lage wären, die gewaltigen Ausgaben für die Unterstützung der gefangenen Genossen und ihre Familien zu bestreiten. Trotzdem sie angesporrt durch Euren Opfermut, und trotz Hunger und Not auch das Letzte geben für ihre gefangenen Genossen und für die Hinterbliebenen, der im Kampf um die Befreiung des Proletariats gefallenen Revolutionäre.

Wir übermitteln Euch die brüderlichsten Grüße unserer lieben Genossen, mit denen wir viele Jahre die Schmach der Gefangenschaft im Zuchthaus Sonnenburg und anderen Kerkern der Weißen Justiz erdulden mußten. Wir übermitteln Euch und allen russischen Bauern und Arbeitern ihren und unseren wärmsten Dank für Eure Spenden, die uns durch die IRH. des Bezirkes Mitteldeutschland überwiesen wurden.

Jedoch wir, die wir wieder in die proletarische Front eingetreten sind, geloben Euch Treue im Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaft gegen den Weißen Terror bis zum Sieg oder Tod.

Es lebe Sowjet-Rußland!
Es lebe die Weltrevolution!
Es lebe die IRH.!

Im Namen der Genossen im Zuchthaus Sonnenburg.
Brandenburg und Lüneburg.
Arthur Müller.“

Ueber diesen Artur Müller senden uns die Genossen aus Halle folgenden Bericht: „Artur Müller war bis zu seiner Verhaftung Novemeb 1921, Mitglied der AAU. und KAPD. Während seiner Haft hat er reichlich auf die „Rote Hilfe“ geschimpft. In Sonnenburg ist er nie gewesen. Von Brandenburg ist er Anfang Dezember 1923 nach Lüneburg überführt und dort verblieben bis zu seiner Mitte Februar 1925 erfolgten Begnadigung.

Artur Müller ist nicht gesetzlich getraut, was die „Rote Hilfe“ als Anlaß nahm, um seiner Frau Schwierigkeiten inbezug auf Auszahlung von Unterstützung zu machen. Wie oft A. M. von der „R. H.“ selbst unterstützt wurde, ist nicht genau festzustellen. Wahrscheinlich ist, daß er nur einmal 1924 zu Weihnachten ein Paket erhielt und dann Entlassungsgeld bei seiner Begnadigung, vielleicht 50 bis 75 Mark. Wie weit der „Revolutionär“ A. Müller sich entwickelt hat, beweist sein Verhalten bei der Beerdigung der Volksparkopfer, die das Opfer brutaler schießender Landsknechte geworden waren. Während das gesamte Hallesche Proletariat diesen Opfern seiner Klasse demonstrativ das letzte Geleit gab, gebrauchte dieser Reklamechef für die „RH.“ folgenden prägnanten Satz zur Begründung seiner mangelnden Solidarität auf Vorhaltungen:

„Man kann sich doch nicht schon wieder auf das Straßenpflaster werfen lassen!“

Soweit der Bericht unserer Genossen. Wir haben dem nur hinzuzufügen, daß wohl ein Kriegsfreiwilliger Nationalist war und daß dieser Entwicklungsprozeß ein natürlicher ist, aber umgekehrte „Entwicklung“ hat sich stets bisher als Gesinnungslumperei herausgestellt. Dagegen ist auch das Prädikat: Politischer Gefangener! kein Milderungsgrund.

Bittgang der Gewerkschaftsbesitzer

Sie, die freigeilen, die gelben und die blauen waren beim Reichskanzler, um ihm die Mitteilung einer „gesteigerten Unruhe“ der arbeitenden Massen zu machen über die Sozial-Wirtschafts- und Finanzpolitik der Reichsregierung. Dieselbe hätte sich zu sehr vom Unternehmertum beeinflussen lassen, sei zu einseitig. Sie möchte doch eventuell, wenns möglich ist und nicht allzusehr schmerzt, vielleicht so bei passender Gelegenheit die Lohnsteuer etwas „gerechter“ staffeln. Auch ne Arbeitslosenversicherung tut not. Auch von der Aufwertung sprach man einiges. Ebenfalls von dem Verschwinden der deutschen Werke an Privatbesitz. Das gingen doch nicht und so weiter.

Der Zweck der Uebung dieser Eunuchen ist, immer wieder dem Proletariat vorzustellen, daß der Staat und somit die Regierung etwas über den Klassen stehendes, etwas unparteiisches sei, daß nur mit richtigen „Männern aus dem Volke“ besetzt werden müßte.

Dieser höhere Blödsinn wird solange noch seine bestimmte, beruhigende Wirkung ausüben, solange das Proletariat nicht erkennt, daß der Staat und all seine Einrichtungen nichts weiter als ein Herrschaftsinstrument der jeweilig herrschenden Klasse ist. Solange noch Proletarier, wozu auch die „Herren“ Beamten und „Herren“ Angestellten gehören, diese Grundkenntnis des Sozialismus ablehnen, solange werden die Kleinbürger, diese häßlichste Schicht zwischen den Klassen, noch ihre Notwendigkeit bei der Bourgeoisie beweisen können und somit auch durch die Ware Sozialismus, zu dem diese Horde den Sozialismus längst gemacht haben, ein gutes Dasein haben.

Die proletarische Klasse ist geschichtlich berufen, die alten Mächte im revolutionären Kampf niederzuschlagen und selbst einen neuen Staat, den Rätestaat, als Ueberganzsform der klassenlosen Gesellschaft zu errichten. Erste Voraussetzung dafür ist, die Zerstörung der ideologischen Basis der parlamentarischen Parteien, sowie der Gewerkschaften aller Richtungen.

Zusammenschluß als Klasse in den Betrieben ist die notwendige positive Schlußfolgerung.

Ohne revolutionäre Betriebsorganisationen ist kein Sieg des Proletariats in Westeuropa möglich.

Grubenunglück in England

In der Montagu-Grube bei Scottwood am Tyne sind nicht, wie gemeldet, acht, sondern 38 Bergarbeiter durch Wassereinbruch nach vorausgegangener Sprengung abgeschnitten worden. Obwohl die Rettungsarbeiten sofort in Angriff genommen wurden und 30 Stunden ununterbrochen andauerten, ist nur noch wenig Hoffnung vorhanden, die Eingeschlossenen zu retten, weil das Wasser stärker steigt, als die Pumpen bewältigen können und außerdem ein starker Ausbruch von Kohlenoxydgas beobachtet wurde. Bisher hat man von den eingeschlossenen Grubenarbeitern trotz aller Bemühungen keinerlei Signal erhalten können.

Die Kohlenabsatzkrise in England spitzt sich rapid zu und die Gruben sind versichert. Für die Grubenbarone liegt also nicht der geringste Grund vor, für die Instandhaltung der Pumpen noch Löhne zu zahlen. Schließlich ist auch ein „solaies“ Werk, wenn die Grubensklavenhalter auf diese Weise das anderthalbmillionen Arbeitslosenheer verringern. Die Kosten für den Rettungstamtam bezahlt übrigens noch der Staat aus den Steuergeldern der Proletarier.

Die Spaltung innerhalb der Industriearbeiter der Welt

Schon im Oktober 1924 brachte die „KAZ.“ die Nachricht, daß sich die IWW. gespalten hätte. Erst heute ist es gelungen, solches Material einzusehen, daß uns einigermaßen einen klaren Blick in die Ursachen und den Verlauf dieser Spaltung erlaubt. Wir haben in einem längeren Artikel den Vorfall der Fachunion in den Vereinigten Staaten geschildert. Wir werden am besten der Sache auf den Grund gehen, wenn wir erforschen, welche Antwort die beiden Teile der IWW. auf diesen Vorfall geben. Schreiber dieses hatte Gelegenheit, zwei Briefe von aktiven Mitgliedern beider Gruppen einzusehen. Der Charakter der revolutionären Arbeiterbewegung in Nord-Amerika ist dadurch bedingt, daß den gelernten und bodenständigen Arbeitern eine große Masse ungelernter Arbeiter gegenüber steht, immer neu gefüllt durch den Strom der Einwanderer, die als Saisonarbeiter auf den großen Farmen, den Waldrevieren und Sägereien, eine häufig den Ort wechselnde Lebensweise zu führen gezwungen werden. Die IWW. hatte es zunächst unternommen, auf der Grundlage eines revolutionären Programms, von den Betrieben aus, die ganzen Industriezweige zu organisieren. Sie predigten die Notwendigkeit des Sturzes des Kapitalismus, führten aber wirtschaftliche Kämpfe und verweinten trotzdem die Auseinandersetzungen, die sehr häufig blutig verliefen, den direkten Kampf um die Staatsgewalt. Wahrscheinlich war diese syndikalistische Auffassung nur möglich, weil die inneren Ausdehnungsmöglichkeiten Amerikas trotz der starken Arbeitslosigkeit der Nachkriegszeit bis jetzt noch keine direkte revolutionäre Situation geschaffen hat. Daß sich die Dinge trotzdem zuspitzen, zeigt auch das Aufkommen der La Follette-Partei, die das Sichaufbäumen des verschwindenden Mittelstandes in Stadt und Land verkörpert.

Wir haben die Verwirrung, welche das Fehlen einer klaren politischen Organisation innerhalb der revolutionären Arbeiterschaft erzeugt, genügend bei den deutschen Einheitlern beobachten können. Und jetzt sehen wir, daß sich der eine Flügel der IWW., der sich der radikalere dünkt, und vorgibt, sich auf die Massen der einfachen Mitglieder zu stützen, jetzt erst recht jeden politischen Kampf ablehnt. Der eine Brief und auch das vorliegende Programm sagt offen: „Die Propaganda mit dem Kampf um das Endziel ist zurückzustellen. Wir werden nie größere Massen von Arbeitern organisieren, wenn wir ihnen nicht zeigen, daß wir gewillt und im Stande sind, wirtschaftliche Fragen, höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit sofort zu erringen. Es ist ein Unsinn, zu glauben, daß wir die Macht haben könnten, den Kapitalismus zu stürzen, wenn wir nicht einmal die Macht haben, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen im Tarifkampf durchzusetzen. Der Kampf für das Endziel ist zurückzustellen. Nur ein Narr kann in absehbarer Zeit in Amerika den Sturz des Kapitalismus erwarten.“

Wenn dieser Teil also nach innen die Prinzipien der IWW., welche den sofortigen Sturz des Profitsystems für notwendig erklären, welche alles ablehnen, daß auf etwas Gemeinsames zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern hindeuten könnte, nach ihrem neuen Programm vorzustellen, so segelt er unter falscher Flagge. Der Schreiber des zweiten Briefes, ein hervorragender Führer dieser Gruppe, hat nicht einmal begriffen, daß in der heutigen Zeit der Preisdiktatur, der Truste, jede „Errungenschaft“ spielend von den Diktatoren der Wirtschaft beseitigt wird. Aber Klarheit werden wir erst durch das Studium des Flugblatts selbst gewinnen.

Die vier Haupt-Industrien, welche in dieser Gruppe zusammengeschlossen sind, heißen: Holzarbeiter, Allgemeine Konstruktionsarbeiter (Art Bauarbeiter), Metallarbeiter und Eisenbahnarbeiter.

Wir haben an der Wasserkante schon in den ersten Tagen nach der Novemberrevolution die Schwierigkeiten gesehen, welche gerade die Massen- und Führerfrage bei solchen Berufen bietet, bei denen gerade die Masse der im Beruf oder Betrieb Tätigen — fern von den Stützpunkten?? der Organisation ihren Beruf ausüben. Es ist wohl nur wenigen bekannt, daß der heutige Seemannsbund seinen Ursprung in einer Sektion Soldaten nahm, die den Linksradikalen, der Internationalen Sozialisten angeschlossen war. Es zeigt die Eigenheit des Organisationslebens der IWW., wenn das Flugblatt beginnt: „Dieses Flugblatt ist an die große Mehrheit der IWW.-Mitgliedschaft gerichtet, die keine Gelegenheit hat, an den regelmäßigen Mitgliederversammlungen der Organisation teilzunehmen. Der Schreiber ist sich bewußt, daß nicht 10 v. H. der Mitglieder Gelegenheit haben, die Branchenversammlungen zu besuchen. Die einzige Gelegenheit ist, am 4. Juli und Weihnachten. Dies ist unvermeidbar, denn das ganze Jahr wohnt die Mitgliedschaft in Barackenlagern oder sonstigen flüchtig aufgeschlagenen Wohnräumen, oder sie sind auf der Landstraße von einer Arbeitsstätte zur anderen.“

Dieser Zustand hat dazu geführt, daß sich das Organisationsleben um die Sekretariate und Versammlungshäuser gruppierte, so daß eine verhältnismäßig große Angestelltenschaft und eine kleine Gruppe ständiger Versammlungsbesucher den ganzen Apparat beherrschen und die Beschlüsse nach Belieben durchdrückten. Zwei Fragen waren es nun, die in Amerika zur Lösung drängten und schließlich die Spaltung herbeiführten: Die Frage der Politisierung und die Möglichkeit, jetzt endlich an die Organisierung der Facharbeiter heranzugehen. Wie sich der Schreiber des Flugblattes ausdrückt, sind die Wander-Arbeiter in den Grundindustrien, d. h. in den festen Großbetrieben zu organisieren.

„Dies muß das Werk der Arbeiter in diesen Industrien selbst sein. Wenn die IWW. irgendwie auf Erfolg bei Organisierung dieser Industrien rechnen will, muß sie erst radikale Aenderung in ihren augenblicklichen Methoden vornehmen. Z. B. Eisenbahnarbeiter können nicht durch Ernterarbeiter, Holzfäller oder Straßenreiniger organisiert werden. Wir müssen diese Arbeit solchen Branchen überlassen, die ihren Berufen verwandt sind.“

Es wird ein genaues Programm entworfen, um durch Industrie- und Sektionsräte den lokalen Organisationen die nötige Bewegungsfreiheit zu geben, aber auch für die gesamten Industrien einen einheitlichen Willen der Mitgliedschaft zum Durchbruch zu bringen. Vor allen Dingen sollen bindende Beschlüsse für die Industrien nur gefaßt werden können, wenn die Delegierten der Mitglieder in einer Konferenz dazu haben Stellung nehmen können. Jedenfalls zeigt sich klar, daß die Entwicklung, die auf der einen Seite die Fachgewerkschaften zermürbt hat, auf der anderen Seite diesem Teil der IWW. ein rein reformistisches Programm aufgezwungen hat. Aber auch die Frage der Politisierung bekommt unter dem Gesichtspunkt „Massen und Führer“ einen bestimmten Ausdruck, wenn wir unsere eigenen Erfahrungen mit der dritten Internationale zum Vergleich heranziehen.

„Viele Mitglieder sehen heute noch nicht die wahre Ursache der Schwierigkeiten und des Streites, in die wir geraten sind. Aber die, welche in innigerem Konnex mit dem Organisationsleben geblieben sind, können diese Streitigkeiten bis 1919 zurückverfolgen. Zu dieser Zeit fing es an und 1920 wurden sie offen sichtbar, als die Urabstimmung über die Vereinigung mit der 3. Internationale entscheiden sollte. Die Mitgliedschaft lehnt es ab, sich unter die Diktatur Moskaus zu begeben. Aus Rache wurde eine ganze Schar von Politikern losgelassen, die unter den verschiedensten Vorwänden und den verschiedensten Namen in unseren eigenen Versammlungshäusern die Zuhörer bearbeiteten. Bis dann auf der Konferenz im Oktober 1924 die Frage der politischen Betätigung den Bruch herbeiführte. Tatsächlich geht der Bruch ähnlich, wie bei uns nach Heidelberg. Von der 3. Internationale unterstützt, (dies wurde dem Schreiber dieses von einem Mitglied der KPD.; das ihm das vorliegende Material zur Verfügung stellte und das selber lange Jahre in der IWW. in Amerika tätig war, ausdrücklich erklärt), hält die eine Gruppe die Presse und den Apparat (Büros und Versammlungshäuser) fest in Händen, während die große Masse der Mitglieder, dies geht

6. Jahrg. Nr. 28

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 0,15 Mk.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

April 1925

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 29 (Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 69)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbjährlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

Der Generals-Republik entgegen?

Die Ebert-Sozialdemokratie der Wegbereiter Hindenburgs!

Hegel, der Schöpfer der Dialektik, bemerkt irgendwo, daß sich weltgeschichtliche Vorgänge sozusagen zweimal ereignen: einmal als Farce, einmal als Tragödie.

Die in der Karwoche 1925 erfolgte Schilderhebung des im Weltkriege besiegten wilhelminischen Generalfeldmarschalls Hindenburg zum Präsidentschaftskandidaten der Deutschen Novemberrepublik aber ist beides zugleich, ist Tragikomödie. Hindenburg als Bewerber um die bürgerliche Präsidentenwürde: — Das ist eine Farce insofern, als damit der unpolitischste Kopf der Hohenzollern-Generalität — nach der volksparteilichen „Zeit" eine „vollkommen unpolitisch eingestellte Natur" — in das höchste Amt eines modernen hochkapitalistischen Staatswesens berufen werden soll. Das ist fürwahr eine Posse, die auch den Einfältigsten mit der Nase darauf stößt, daß der „Repräsentant" der demokratischen Republik immer nur die gefügige Puppe in Händen der staatspolitisch ausschlaggebenden Kapitalsgruppen ist. Und das ist fernet eine Posse, mit der das bürgerliche Deutschland seinem traurigen Ruhmeskranze: „in der Welt voran zu marschieren", ein weiteres Blatt zufügt.

Hindenburg, der treuergebene Diener des Ausgerissenen in Doorn, als Nachfolger Eberts: — in dieser Kandidatur spiegelt sich aber auch so klar wie selten die Tragödie des deutschen Proletariats im ganzen Ausmaße wieder: spiegeln sich alle Stationen des Golgathaweges einer Arbeiterklasse wieder, die in weltgeschichtlichen Augenblicken gleich einer Schafherde plan- und ziellos in der Gegend umherrannte und in Unkenntnis ihrer Klassenaufgaben das Steuer der Geschichte jenen sozialverräterischen Wölfen im Schafspelz überließ, welche geradewegs von — Hindenburg kamen, um zur Rettung der in ihren Fugen krachenden „Ordnung" den kapitalistischen Inhalt der bürgerlichen Gesellschaft in eine andere, in demokratisch-republikanische Form zu gießen. Der von den New Yorker Dollarkönigen aufs Haupt geschlagene „Sieger von Tannenberg", der Vertraute des vor „seinen herrlichen" Truppen geflürmten „Obersten Kriegsherrn", als Anwärter auf den verwaisten Präsidentenstuhl der bürgerlichen Novemberrepublik: — diese Tragikomödie ist wahrlich der schlagendste Beweis dafür, daß die Arbeiterklasse trotz aller unter sozialdemokratisch-gewerkschaftlicher Führung auf demokratisch-republikanischem Boden erfochtenen „Siege" eindeutiger als je zuvor am Anfang steht; diese Tragikomödie ist der vollkommenste Ausdruck dessen, was ist, was der von den Sozialreformisten so gepriesene „Fortschritt" der Demokratisierung und Parlamentarisierung des kapitalistischen Staates für die Proletariermassen in Wirklichkeit bedeutet.

Die grobbürgerliche Hindenburg-Kandidatur — so sehr sie auch von allen Zentrumspfaffen des kleinbürgerlichen Reichsbannerlagers als Hindenburgiade verspöttelt wird — symbolisiert wie kein zweites Ereignis dieser Tage so recht anschaulich die politische Entwicklung im Deutschland der Nachkriegszeit. Denn die Kandidatur Hindenburg ist, trotzdem sie auch der Person nach durch einen politischen ABC-Schützen verkörpert wird, keineswegs etwa wie die Nominierung eines Ludendorff zu werten, sie ist vielmehr gekennzeichnet durch eine eminent politische Bedeutung. Hinter Hindenburg stehen nicht nur alldeutsche Kriegervereine, Klubs abgetakelter Offiziere, Hakenkreuzbanden oder sonstige Stammtischrunden für völkische Idiotie, wie dies bei dem kleineren deutschen Nationalheros Ludendorff der typische Fall war, sondern die entscheidenden politischen Träger der Hindenburg-Kandidatur sind vornehmlich agrarische und schwerindustrielle Wirtschaftsverbände, also einflußreiche deutsche Kapitalsgruppen und zwar maßgebende Wirtschaftsmächte, die zudem noch durch ihre dominierende Stellung in der Reichsregierung und in zahlreichen Länderkabinetten auch in hervorragendem Maße an der staatspolitischen Ausübung der Kapitalsdiktatur beteiligt sind.

Diese Tatsache, daß der monarchistische Generalfeldmarschall in erster Linie von den großbürgerlichen Regierungsparteien der demokratischen Republik auf den Schild gehoben worden ist, zeigt auch dem Blindesten, daß die Kandidatur Hindenburg kein lächerliches Experiment größenwahnsinniger Militärs ist, sondern ein Glied in der Kette jener politischen Entwicklung, die in den vergangenen Jahren in Deutschland vor sich gegangen ist: jener Entwicklung, die schon seit Monaten ihren sichtbaren Ausdruck findet in der politischen Stärkung des Kapitals, in der Zusammenschweißung der klassenbewußtesten Teile der Bourgeoisie zu einem nach rein großkapitalistischen Gesichtspunkten handelndem politischen Machtfaktor, in der systematischen und erfolgreichen Verdrängung der unsicheren Kantonisten des Kleinbürgertums demokratisch-zentrümlich-sozialdemokratischer Färbung aus allen wichtigsten Positionen des kapitalistischen Staatsapparates. Bis zu welchem Grade diese staatspolitische Konsolidierung im großbürgerlichen Lager bereits gediehen ist, zeigt anschaulich gerade die Aufstellung Hindenburgs für den zweiten Akt der Präsidentenwahl, die trotz der außenpolitischen Bedenken der Stresemann-Gruppe vom deutschnationalen agrarisch-schwerindustriellen Flügel durchgesetzt werden konnte. Die in der demokratischen Republik herrschenden Kapitalsgruppen beschreiten mit dieser Schilderhebung des Monarchisten-Generals nur konsequent den Weg fort, welchen sie mit der Besetzung der Reichsregierung durch Luther-Schiele-Kanitz eingeschlagen hat.

Weil über den Massen durch die Taktik der Gewerkschaften die große Passive, die allgemeine Depression, in Auslösung des Sozialreformismus liegt, ist es notwendig, die ganze Zweckmäßigkeitspolitik der KP. darauf einzustellen. Es liegt dies auch gleichzeitig im Interesse Sowjet-Rußland.

Auf Grund der negativen Erscheinungen in der Ideologie muß zuallererst festgestellt werden, daß die Revolution in absehbare Ferne gerückt ist. Die gegenteilige Feststellung würde beweisen, daß die **opportunistische Taktik Rußlands** sich den Interessen des revolutionären Proletariats direkt entgegenstellt, die Bauernfrage, der Leninismus, die ganze reformistisch-reaktionäre Politik der 3. Internationale wäre aufgedeckt und selbstvernichtend geschlagen.

Die Feststellung, daß der Kapitalismus reif ist, durch die proletarische Revolution zerschlagen zu werden, daß es lediglich an der Verdummung des Proletariats liegt, das sich seiner Aufgabe unter den reformistischen, gewerkschaftlichen und parlamentarischen Illusionen nicht bewußt ist, würde klarlegen, daß die KP. mit ihrer Taktik in der Parlaments- und Gewerkschaftsfrage ein großes Teil Schuld an diesen Verhältnissen trägt. Es würde weiter bedeuten, daß man entgegen den Interessen des kleinbäuerlichen Rußlands, bei der Konsequenz der Einschränkung des Bauern- und Massenfangs, die proletarische Revolution, den kompromißlosen Klassenkampf im Sinne der Kommunistischen Arbeiter-Partei propagieren müßte.. Eine Frage, die sich der Entwicklung Rußlands und der gesamten Politik der 3. Internationale entgegenstellt.

Die Exekutive des Opportunismus

Die Tagung der erweiterten Exekutive der Komintern ist beendet. Frei nach links und rechts auf dem goldenen Mittelweg kann die Taktik der 3. Internationale in Zukunft ihren Weg gehen. Klar, oder besser gesagt, rein gewaschen von allem „Kompromittierenden" und allem „Organisationsschädigenden des linken Bolschewismus" kann sie vor den Massen des Proletariats erscheinen und den alten Weg fortsetzen.

Die Aufgabe der erweiterten Exekutive war es, die opportunistische Taktik der 3. Internationale im Interesse der Sowjet-Union Rußland wieder ins rechte Licht zu rücken, die Massen der Proletarier wieder mit leuchtenden Farben zu interessieren. Auf diese Art und Weise wurde die Klassenerkenntnis, der Weg des wahren Klassenkampfes, von neuem mit revolutionären Phrasen und opportunistischer Taktik, wie das ganz im Wesen der KP. liegt, in den Sumpf getrieben.

Weil über den Massen durch die Taktik der Gewerkschaften die große Passive, die allgemeine Depression, in Auslösung des Sozialreformismus liegt, ist es notwendig, die ganze Zweckmäßigkeitspolitik der KP. darauf einzustellen. Es liegt dies auch gleichzeitig im Interesse Sowjet-Rußland.

Auf Grund der negativen Erscheinungen in der Ideologie muß zuallererst festgestellt werden, daß die Revolution in absehbare Ferne gerückt ist. Die gegenteilige **Taktik Rußlands** sich den Interessen des revolutionären Proletariats direkt entgegenstellt, die Bauernfrage, der Leninismus, die ganze reformistisch-reaktionäre Politik der 3. Internationale wäre aufgedeckt und selbstvernichtend geschlagen.

Die Feststellung, daß der Kapitalismus reif ist, durch die proletarische Revolution zerschlagen zu werden, daß es lediglich an der Verdummung des Proletariats liegt, das sich seiner Aufgabe unter den reformistischen, gewerkschaftlichen und parlamentarischen Illusionen nicht bewußt ist, würde klarlegen, daß die KP. mit ihrer Taktik in der Parlaments- und Gewerkschaftsfrage ein großes Teil Schuld an diesen Verhältnissen trägt. Es würde weiter bedeuten, daß man entgegen den Interessen des kleinbäuerlichen Rußlands, bei der Konsequenz der Einschränkung des Bauern- und Massenfangs, die proletarische Revolution, den kompromißlosen Klassenkampf im Sinne der Kommunistischen Arbeiter-Partei propagieren müßte.. Eine Frage, die sich der Entwicklung Rußlands und der gesamten Politik der 3. Internationale entgegenstellt.

Groß-Berlin: Karfreitag, 10. April in allen Unterbezirken Mitglieder-Versammlungen

Es heißt dort in der „Roten Fahne" vom 7. April Nr. 78, 2. Beilage, folgendermaßen, nachdem man 21 Namen aufgeführt hat, deren Vorladung die Verteidigung fordert:

Diese Zeugen werden bekunden, daß im Jahre 1923 in Sachsen die Kommunistische Partei keinen bewaffneten Aufstand vorbereitet hat, sondern zusammen mit der Sozialdemokratischen Partei zur Bildung von Hundertschaften geschritten ist, die den Zweck hatten, die bestehende Republik gegen faschistische Gefahr zu schützen. Die Hundertschaften in Sachsen sind von der legalen Sächsischen Regierung anerkannt worden, die Regierungsvertreter haben Paraden der Hundertschaften abgehalten, die Hundertschaften sind bei den großen Arbeitslosenunruhen in Dresden im Jahre 1923 zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung eingesetzt worden und haben bei dieser Gelegenheit mit der Polizei zusammen gearbeitet. Die Hundertschaften sind im Polizeipräsidium Dresden verpflegt und auf Polizeiautos transportiert worden. Die Regierungsvertreter haben in Ansprachen den Hundertschaften erklärt, daß man sich „im Schützengraben an der Südgrenze" gegen die Bayerischen Faschisten wiederfinden werde. Diese Tätigkeit der Hundertschaften zum Schutze der bestehenden Republik ist in erster Linie von den kommunistischen Hundertschaftsmitgliedern und Hundertschaftsführern vorgenommen worden, die dabei im engsten Einvernehmen mit der Kommunistischen Partei gehandelt haben. Die Absicht, die bestehende Republik zu stürzen, ist niemals von seiten der Kommunistischen Partei vertreten worden. Die genannten Zeugen sind entweder Führer oder Mitglieder proletarischer Hundertschaften 1923 gewesen oder haben sich sonst an der Arbeit der Hundertschaften beteiligt, bzw. die Arbeit der Hundertschaften aus nächster Nähe beobachtet.

Weiter wird durch diese Zeugen unter Beweis gestellt, daß in Sachsen in jener Zeit

im Einverständnis mit der Regierung,
ein Sicherheitsdienst aus Arbeitern

(Sozialdemokraten und Kommunisten) zur Sicherung der Eisenbahn, Telegraphen- und sonstigen Verkehrseinrichtungen geschaffen worden ist.

Nachdem man Zeigner, Liebmann, Graupe, Arzt und Hörsing als Zeugen fordert, schreibt man über diese folgendes:

Diese Zeugen werden bekunden, daß im Jahre 1923 bei den großen Arbeitslosen-Unruhen in Dresden im Jahre 1923 die Hundertschaften zusammen mit der Polizei sich bemüht haben, die Ruhe und Ordnung (innerhalb dieser kapitalistischen Republik. D. Red.) wiederherzustellen und daß die kommunistischen Hundertschaftsmitglieder dabei mit den sozialdemokratischen zusammengearbeitet haben. Die Kommunisten haben sich in Dresden besonders bemüht, damals die verzweifelten Arbeitslosen zu besänftigen und sie haben, um der sächsischen Regierung keine Schwierigkeiten zu bereiten, sich auch damals gegen einen allgemeinen Generalstreik in Sachsen ausgesprochen. (Mai-Juni 1923.)

Genau wie jedem klassenbewußten Proletarier die Schandtaten der Kaisersozialisten nicht unbekannt sind, aber trotzdem beim Magdeburger Prozeß ihre ehemalige kritische Registrierung sich als notwendig erwies, genau so ist es mit den „Taten für Ruhe und Ordnung" der nationalsten Ordnungspartei, die sich, um Massenbetrug im Großen betreiben zu können, noch immer kommunistische Partei nennt und dessen Zentralorgan noch immer an dem Namen Liebknecht und Luxemburg eine Schändung begeht, die der des „Vorwärts" gleichzustellen ist, wenn diese Kloake sich auf Karl Marx beruft.

Nur blöde Rachegier einer Klasse, die ihren Untergang fühlt, kann gegen solch eine Ordnungspartei so brutal vorgehen. Die Bourgeoisie ist in ihrem Machtwahn und Profittaumel so geschichtsblind, daß sie glaubt, ohne ihre bewährten Kaisersozialisten auskommen zu können und sie glaubt ferner, deren organisatorisch noch selbständigen „linken" Flügel, die KPD., mit brutaler Gewalt unterdrücken zu müssen. Der deutschen Bourgeoisie drängt der Selbsterhaltungstrieb und daraus entspringend blinder Haß gegen das Proletariat zu den mittelalterlichsten Inquisitionsmitteln. Sie glaubt mit der KPD das Proletariat als Klasse zu treffen und wird erst später, wenns zu spät ist, erkennen, daß diese Ordnungspartei dieser Republik in Wahrheit ihre letzte Reserve darstellt. Das Proletariat muß, will es nicht noch einen Oktober 1923 erleben, endlich den Trennungsstrich ziehen von dieser Partei, die eine zweite SPD. ist und auch so handelt.

Leipzig ist das Magdeburg der KPD.

Begnadigung der „Russen" Brandler, Thalheimer und Co.

Um es schmerzlos zu machen . . .

Die „Rote Fahne" vom 7. April berichtet über den Beschluß der Internationalen Kontrollkommission in der Angelegenheit von Brandler, Thalheimer, Radek, Edda Baum, Felix Wolf, Walcher und Möller folgenden Beschluß:

Ausgehend jedoch von dem Bestreben, eine möglichst schmerzlose Liquidierung der fraktionellen Gruppen innerhalb der KPD. herbeizuführen und den Genossen Brandler, Thalheimer, Radek und anderen die Möglichkeit zu geben, durch Tat die Richtigkeit ihrer in der Sitzung der ZKK. abgegebenen Erklärung darüber zu beweisen, daß sie keine Fraktionsarbeit betreiben werden, hält die ZKK. es für möglich, sich auf

folgende Maßnahmen

zu beschränken:

1. Erteilung einer strengen Rüge, sowie Erteilung einer Verwarnung an die Genossen Brandler, Thalheimer, Radek, Felix Wolf, Heinz Möller und an die Genossin Edda Baum wegen ihrer systematischen Fraktionsarbeit und schwerer Verletzung der Parteidisziplin.

2. Den Genossen Brandler, Thalheimer, Radek, Felix Wolf, Heinz Möller und der Genossin Edda Baum die Einmischung in die Arbeit der KPD. in irgendwelcher Form zu verbieten.

3. Die ZKK. verwarnt die Genossen, daß jegliche weitere Fortführung der Fraktionsarbeit durch sie, bezw. die Einmischung in die Angelegenheiten der KPD. sie unweigerlich außerhalb der Reihen der RKP. stellen wird.

4. Die Anteilnahme der Genossen Brandler, Thalheimer und Radek an der Arbeit der Komintern als unzulässig zu erachten.

5. Die ZKK. erachtet die Durchführung einer breit angelegten innerparteilichen Arbeit seitens der Zentrale der KPD. für erforderlich, zwecks Erläuterung der politischen Bedeutung des gegenwärtigen Beschlusses allen Parteimitgliedern gegenüber.

Der Beschluß wurde unter stürmischem Beifall einstimmig angenommen.

Demgegenüber gaben die „Russen" Brandler und Thalheimer, deren Ausschluß von breiten Teilen der KPD.-Mitgliedschaft gefordert wurde, die man aber nicht ausschließen konnte, da sie sehr schnell nach dem Oktober 1923 Russen geworden waren, eine Erklärung ab, worin sie betonen, daß die Unterschiede zwischen ihnen und den linken jetzt historisch überholt sind. Sie stehen jetzt aber auf Sinowsjews-Thesen und werden in diesem Sinne arbeiten.

Zu dieser Erklärung gab die Russische K. P. wieder eine Erklärung ab, worin man sagt, daß man der Erklärung der Radek-Kumpanei kein Vertrauen scheinken könne. Es heißt wörtlich:

„Das Plenum sieht in dieser politisch-unaufrichtigen Erklärung Brandlers, Radeks und Thalheimers ein durchsichtiges, aus dem Arsenal sozialdemokratischer Führer entlehntes taktisches Manöver, das gegen die Linie des fünften Kongresses gerichtet ist. Das Plenum lehnt es daher ab, die Erklärung zur Kenntnis zu nehmen."

Um dieses großangelegte Schauspiel zu vervollständigen, damit auch die Proletarier sehen, daß es „Linke" sind, die die KPD. leiten, schlug Bertz (Deutschland) die „Russen" Brandler und Gen. noch extra tot und zwar mit folgenden Worten glaubt er dieses tun zu müssen:

„Seit mehr als einem Jahr versucht die rechte Fraktionsgruppe in der KPD. unter Leitung Radeks und die Gruppe der Fraktions-Emigranten in Moskau gegen die Leitung der eigenen Partei und gegen die Leitung der Komintern dieselbe opportunistische Einheitsfronttaktik anzuwenden, die sie im Jahre 1923 gegenüber den menschewistischen Klassenfeinden angewandt haben.

Die Gegensätze der Politik Radeks und Brandlers und die Politik des Bolschewismus sind historisch nicht erschöpft, sondern sind historisch praktisch, lebendiger denn je. Es ist notwendig, die

Fortsetzung, die Vertiefung und die Steigerung des ideologischen Kampfes gegen den Brandlerismus bis zur Ausrottung seiner letzten Ueberreste aus den Köpfen der Parteimitglieder.

Die Erklärung Brandlers, Radeks und Thalheimers, daß sie mit den Thesen Sinowjews voll einverstanden sind, läßt klar die Absicht erkennen, zwischen der KPD. und der RKP. und zwischen der KPD. und der Komintern einen Keil zu treiben. Brandler, Radek und Thalheimer haben die kommunistischen Grundsätze der Partei-Demokratie und der Diskussionsfreiheit zu Offensiv-Losungen gegen die deutsche Zentrale mißbraucht.

Die KPD. wird jeden Versuch einer Fraktionsarbeit, jeden Angriff gegen die Partei-Disziplin, jede Störung und Durchkreuzung ihrer Politik rücksichtslos unterdrücken."

Widerliches Theater, plumpe Kulissenschieberei. Jedermann weiß, außer den bolschewisierten Mitgliedern der „Kommunistischen" Parteien dieser Internationale, daß Radek und Brandler ausführende Organe der III. Internationale waren. Jeder Proletarier, der nicht geschichtsblind ist, weiß, daß der Brandlerismus die Politik als solche der Sowjetunion, der bolschewistischen Partei war und noch heute ist. Jeder Proletarier, der kritisch denkt, weiß, daß der Ehrenvorsitzende dieser Internationale nebst Radek den geschmeidigen Federholden fallen mußten, damit die „linke" Scholem-Fischerei die Karre nochmal aus dem Dreck holte. Die „Linken" sind die letzte Reserve Sinowjews, alle anderen Gäule sind zu engbrüstig gewesen. Diese allein können unter radikalem Geschwafel und Gebrüll die vollständige Kastrierung des deutschen Proletariats durch die Einheitsfront mit dem gelben Amsterdamer Sumpf herbeiführen.

Dieses Schauspiel nebst seiner Kulissenschieberei erkennen und zunichte machen, bedeutet die erste Etappe auf dem Wege zum Sieg der proletarischen Klasse. An euch, Proletarier der KPD., liegt es.

Erkennt und handelt danach!

Landbund-Skandälchen

Die Herren von Aar und Haim verleugnen auch in der Demokratischen Republik ihre Urahnen nicht. Nur die Form des — Nehmens hat sich geändert. Während jene mit Schild und Spieß an Felsenecken und Schluchten den Kaufmann und Bürger auflauerten und ihn seiner Habe beraubten, macht man es heute mit Gesetzen. Da aber auch diese — für den Einzelnen — Schwierigkeiten machen findem der Michel manchmal wild wird) macht man Kippe mit Staatsbanken und demokratischen Behörden. Und wenn auch hier die größten Kassen leer werden und die Skandale die Spießer bockig machen, bedient man sich der zu diesem Zwecke geschaffenen Einrichtung, genannt Landbund.

Unlängst brach die Landbund-Genossenschaft in Hirschberg in Schlesien zusammen und eine große Anzahl geplünderter Bauern haben nun Zeit über die Geschäftstüchtigkeit der Direktoren und Prokuristen — ehemalige aktive Offiziere — nachzudenken. Und schon wieder kommt aus Schlesien die Nachricht, von dem Zusammenbruch der Landesshuter Landbund-Genossenschaft. In der Generalversammlung stellte sich heraus, daß zur Deckung des Fehlbetrages dieser Bezugs- und Absatzgenossenschaft, die über eine Reihe eigener Gebäude in Ladeshut und Liebau verfügt, eine Erhöhung der Genossenanteile von 50 auf 450 Mark erforderlich ist. Es wurde ein Untersuchungsausschuß gewählt, um den Geschäftsführer und den Vorstand wegen ihrer Mißwirtschaft und den bisherigen Aufsichtsrat wegen seiner mangelhaften Aufsicht, durch die zahlreiche kleine Landwirte insgesamt um mehrere 100 000 Mark geschädigt worden sind, zur Verantwortung zu ziehen.

Die Junkersöhne, die in den Landbund-Genossenschaften Tagediebs-Existenzen haben, sehen ihre Aufgabe darin, den Bauern die Produkte abzunehmen und sie zu Gunsten ihrer alten Herren zu verwerten. Die kleinen Bauern, die um ihre Jahresarbeit betrogen wurden, scheinen jetzt den Weg aus dem Regen unter die Traufe zu gehen. Denn in der Landbund-Republik ist natürlich niemand, der die eigentlichen Urheber „zur Rechenschaft ziehen" kann.

Ausland

Skandinavischer Brief

DAS DÄNISCHE „ROTE KREUZ" ALS ABTEILUNG DER DÄNISCHEN STAATSPOLIZEI.

Die Wiener-Ferienkinder mit Wissen und Willen des Sozialdemokraten Justizminister Steinike (Bourgeois-Abkömmling) polizeilich des Landes verwiesen.

Die Sozialdemokratie hat sich in all den Jahren nach dem Kriege nicht genug zu rühmen gewußt ihrer Tatsolidarität (Philantropie) mit den hungernden Kindern der vom Kriege verwüsteten Länder. Diese hat die hier sich befindenden österreichischen Kinder ins Land geschleppt. Der Rest, etwa 300 Kinder, die sozusagen in den Pflegefamilien hängen geblieben, zum größten Teile den Pflegeeltern ans Herz gewachsen sind und als ein Teil ihrer eigenen Familie betrachtet werden, zum Teil höhere Schulen besuchen, wovon nicht ein einziges (nach Behauptungen bürgerlicher Blätter) Erwerbstätigkeit ausübt, werden nun mit rauher Hand aus dem bisherigen idyllischen Zustand herausgerissen und wie Verbrecher polizeilich ausgewiesen. Daß ein Teil der Kinder sicher ohne Eltern sind, trifft zu. Darum scheert sich der Herr Sozialdemokrat Justizminister und die ganze sozialdemokratische Krämer und Schwindlerbande den Teufel!

Wie die bürgerlichen Blätter zu melden wissen, will das Justizministerium in der Angelegenheit der Ausweisungsordre gegen die österreichischen Kinder absolut unbeteiligt und unwissend sein, und merkwürdiger Weise will auch niemand in der Staatspolizei für diese schofle Handlung verantwortlich sein oder sogar darum wissen, obwohl die Ausweisungsordren durch Beamte der Staatspolizei zugestellt wurden. In der Staatspolizei weist man hin zum „Roten Kreuz" als den Veranlasser des menschenfreundlichen Unternehmens.

Daß man im Justizministerium jede Kenntnis und Verantwortlichkeit für diese echt unsoziale Handlung weit von sich weist, ist nicht verwunderlich, dient es doch nicht zum Besten für das Renomee eines angeblichen „Sozialdemokratischen" Ministers. Daß das „sozialdemokratische Justizministerium" doch an der Affäre nicht so unschuldsweiß ist, wollen wir des Näheren durch Nachstehendes beleuchten.

Der frühere Departementschef im Justizministerium, jetziger Direktor der dänischen Nationalbank (Reichsbank) Schröder, zum Reichsbank-Direktor ernannt dürch das sozialistische Ministerium Stauning, war Vorsitzender des Komitees für Hilfe in den kriegsverwüsteten Ländern. Als solcher hatten auch wir in der Angelegenheit der Erholungsferien für Kinder der Mitteldeutschen Kämpfer vom März 1921 zu tun. Es war uns nicht möglich die Aufenthaltserlaubnis für diese Kinder zu erhalten, weil der Herr Schröder und die Mitglieder des Komitees, besonders des ehemaligen Mitgliedes der USPD. und „Revolutionärs" Norschewskiwiger I. P. Nielsen, diese von uns geplante Hilfsaktion für eine politische Aktion erklärte.

Herr Schröder ist die reaktionäre Seele innerhalb des Justizministeriums und in den sieben langen Monaten mußten wir um die Erlaubnis kämpfen, bis es uns endlich gelang, an Stelle der Kinder der mitteldeutschen Kämpfer, Kinder des „Internationalen Bundes für Kriegsopfer" her herauf zu bekommen. Daß der Nachfolger des Herrn Schröder im Justizministerium die Kindersache im selben Geiste weiter leitet, wird nicht verwundern, verwundern, wird auch das bewußte Eingreifen des dänischen roten Kreuzes nicht, wenn man hört, daß dieselben Leute, die uns bisher Schwierigkeiten bereiteten, auch teilweise im Vorstand des „Roten Kreuzes" sind, bzw. in enger Zusammenarbeit damit stehen, und wenn man weiter hört, daß das „Rote Kreuz" jede Hilfe zur Bekleidung der von uns hierauf geschafften Kinder des I. B. ablehnte, obwohl das „Rote Kreuz" sich damit brüstet, in Friedenszeit charitative und phylantropische Arbeit zu leisten. Und hier sollte man doch vermeinen, daß Hilfe an Kindern von Kriegsinvaliden und elternlosen Kindern — also Kriegswaisen — in erster Linie zu den Aufgaben einer Organisation des „Roten Kreuzes" gehörten.

Wir behaupten — mit absoluter Sicherheit: Das dänische „Rote Kreuz" hat sich in den Dienst einer polizeilichen Behörde gestellt, um im direkten Gegensatze zu den offiziellen Aufgaben dieser Organisation Rakkerdienste für die Polizei zu leisten und entgegen dem Gebote der Menschenliebe und (wenn auch pazifistischen) Völkerversöhnung, die Opfer des dänischen Volkes auf dieser Linie, in sein Gegenteil verkehrt. Weiter, daß die dem Herrn „sozialdemokratischen" Justizminister Steinicke untergeordneten Beamten des Justizministeriums und der Staatspolizei im engsten Verstehen mit dem „Roten Kreuze" stehen und daß der Herr „Sozialdemokrat" Steinike hierfür die Verantwortung zu tragen hat.

SIE SIND ÜBERALL EGAL.

Die Angst vor der eigenen Stärke der Arbeiter veranlaßte den dänischen „De Samvirkende Fagforbund" die am Montag, den 23. März ausgefertigte alles umfassende 1. und 2. Streik-„Warnung" an die Arbeitgeber, nachdem die bürgerliche Pressejournaille dagegen energisch protestierte, zurückzuziehen. An Stelle dessen hat jener eine neue 1. und 2. Streikwarnung ausgestellt, die nur Industrie und Handwerk umfassen soll. Den endgültigen Umfang des Streiks wollen die Herren erst später bestimmen.

Daß der unter der Stichmarke „alles umfassende Streik" sich schamhaft verbergende „Generalstreik" die bürgerliche Kanaille und die sogenannte politische Repräsentation der Arbeiter — das „sozialdemokratische" Ministerium in Angst und Schrecken versetzte, ist zu verstehen, fühlen sich doch die Herren „Arbeiter"-Minister nicht als Vertreter der arbeitenden und ausgebeuteten Klasse, sondern als Vertreter der Gesellschaft (Samfund), also auch der Ausbeuter Herr Stauning, als Ministerpräsident, hatte nichts Eiligeres zu tun, als die Vertreter der Gewerkschaften (sprich — Gewerkschaftsbesitzer) zu bearbeiten, den drohenden Generalstreik abzuwehren. Jetzt erklären die Gewerkschaftsbesitzer, daß die Ankündigung des „allgemeinen Streiks" auf eine unglückliche Formulierung des Schreibens an die Arbeitgeber zurückzuführen sei. Die Sklaven- und Knechts-Natur der Sozialdemokraten verleugnet sich doch nie. Wenn Lächerlichkeit töten würde, so wären die Herren nunmehr mausetot.

(Fortsetzung folgt.)

Mitteilungen

RHEINLAND-WESTPHALEN.

Die Gruppen Velbert und Elberfeld, die bisher noch nicht auf das vom BAA. der Partei vor 6 Wochen herausgegebene Rundschreiben geantwortet haben, werden ersucht, dieses innerhalb von 3 Tagen nachzuholen.

BAA. der KAPD. Köln Rheinland-Westphalen.

GROSS-BERLIN.

2. Unterbezirk, Moabit. Karfreitag, den 10. April, abends 7,30 Uhr, Mitgliederversammlung bei Felschläger, Berlichingenstraße 5. Pflicht aller Genossen ist es, zu erscheinen.

3. Unterbezirk (Wedding). Am 10. April 1925 (Karfreitag), Mitgliederversammlung im bekannten Lokal. Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

5. Unterbezirk (Friedrichshain). Freitag, den 10. April Karfreitag), Quartalsmitgliederversammlung abends 7½ Uhr, Graudenzer Straße 3. Tagesordnung: 1. Wirtschaftsgeschichte als proletarische Klassenwirtschaft, II. Teil. 2. Neuwahl der Bezirksleitung. Vollzähliges Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

14. Unterbezirk. Am Freitag, den 10. April, abends 8 Uhr, findet im Lokal Dausacker, Zietenstraße 35, eine **außerordentliche Mitgliederversammlung** statt. Vollzähliges Erscheinen ist Pflicht.

19. und 20. Unterbezirk. Zusammenkunft am Karfreitag, den 10. April, um 10 Uhr, bei Weiland-Pankow, Damerowstraße 45.

Achtung! Verlags-Kommission! Die nächste Zusammenkunft findet am Freitag den 17. April, an bekannter Stelle statt. Vollzähliges Erscheinen der Genossen ist Pflicht.

Achtung! Bezirksführer! Die nächste Sitzung wird in der zu Ostern erscheinenden Zeitung bekanntgegeben.

Achtung! Pressekomaission! Die nächste Sitzung findet am Dienstag, den 14. April, an bekannter Stelle statt.

Verantwortl. Red. und Herausgeber: Otto Schernell, Berlin.
Druck: Willy Iszdonat, Berlin O. 17, Lange Straße 79.